

UNTERBEZIRK  
BREMEN-STADT

**SPD**

Jahresbericht 2014/2015

*SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt*

**Jahresbericht 2014/2015**  
**SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt**

**Impressum:**

**SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt**

Vorsitzende: Uta Kummer (V. i. S. d. P.)

Obernstr. 39-43, 28195 Bremen  
Telefon: 0421/35 0 18 36; Fax: 0421/35 0 18 24  
E-Mail: [ub-bremen-stadt@spd.de](mailto:ub-bremen-stadt@spd.de)  
[www.spd-bremen-stadt.de](http://www.spd-bremen-stadt.de)

März 2016

© SPD Unterbezirk Bremen-Stadt

# Inhalt

Gedenken	Seite 5
Mitglieder in den Gremien des Unterbezirks	Seite 7
Mitglieder in den Gremien der Landesorganisation	Seite 8
<b>Rechenschaftsbericht des Vorstandes</b>	
Politischer Bericht	Seiten 9-14
Bericht des Wahlkampfbeauftragten	Seite 15
Terminbericht	Seiten 16-20
Kassenbericht	Seite 21-22
Rechenschaftsbericht 2012	Seiten 23-25
Rechenschaftsbericht 2013	Seiten 26-28
Mitgliederentwicklung 2012/2013	Seiten 29-31
<b>Einzelberichte</b>	
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	Seiten 32-33
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	Seite 34
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	Seite 35
AG 60 plus	Seite 36-39
Bericht Mentoringprogramm	Seite 40
Arbeitskreis Christinnen und Christen	Seite 41
Arbeitskreis Netzpolitik/Digitale Gesellschaft	Seite 42
Sozialdemokratischer Arbeitskreis für interkulturelle Zusammenarbeit (SAIZ)	Seiten 43
<b>Beschlussverfolgung</b>	
Beschlussbericht	Seiten 44-53



## **Gedenken**

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt hat in den Jahren 2014/2015 viele Mitglieder durch den Tod verloren.

Aus der großen Zahl der verstorbenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seien hier stellvertretend genannt:

**Ewald Launspach**

**Elisabeth Finckh**

**Jamshid Saberi**

**Horst Stäcker**

**Rolf Berger**

**Fritz Tepperwien**

**Erich Ströh**

**Gerd Mackeben**

**Horst Stäcker**

**Kurt Nemitz**

**Rosmarie Nemitz**

**Wolfgang Klatt**

Wir sind ihnen und allen verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



## Mitglieder in den Gremien des Unterbezirks

### Unterbezirksvorstand:

Vorsitzende:	Uta Kummer
Stellvertreter:	Jürgen Pohlmann
Kassiererin:	Melanie Kennard
Schriftführer:	Nicole Gronemeyer
Beisitzerinnen/Beisitzer:	Sören Böhrnsen Jörn Bracker Gönül Bredehorst Jens Crueger Sabine Metschies Steffen Niehaus (bis 31. August 2015) André Taubert
Revision:	Heidi Locke Jürgen Maly Sabine Wohlers

### Schiedskommission:

Vorsitzender:	Hans Alexy
Stellvertreterin/Stellvertreter:	Kadriye Pile Horst Isola
Beisitzerinnen/Beisitzer:	Elke Dittmar Inge Briggs Arnold Knigge Mario Domann-Käse



## Mitglieder des Unterbezirks Bremen-Stadt in den Gremien der Landesorganisation

### Landesvorstand

Landesvorsitzender:	Dieter Reinken
Stellvertretende Vorsitzende:	Sarah Ryglewski
Landesschatzmeisterin:	Petra Krümpfer
Beisitzerinnen/Beisitzer:	Sascha Karolin Aulepp Meike Baasen Karl Bronke Arno Gottschalk Wolfgang Grotheer Rainer Hamann Nicoletta Witt
Revision:	Jens Görtz Birgit Busch

### Schiedskommission

Vorsitzender:	Thomas von der Vring
Stellvertretender Vorsitzender:	Hans-Christoph Hoppensack
Beisitzerinnen/Beisitzer:	Karin Kauertz Alexia Sieling

## Rechenschaftsbericht des Vorstandes

### Politischer Bericht 1. Teil mit Europawahl

Begonnen hat die Arbeit des Vorstandes gleich im April und Mai 2015 mit dem Wahlkampf zur Europawahl. Aus der Wahl ging die SPD in Bremen erfolgreich hervor. Die Bremer SPD hat wieder im Bundesvergleich mit 34,4 % das beste Ergebnis erzielt. Und wir haben mit Joachim Schuster endlich wieder einen Bremer Sozialdemokraten im Europaparlament. Der Erfolg kann jedoch nicht über schwierige Ergebnisse der Wahl hinwegtäuschen. Die Wahlbeteiligung war mit 40,3 % sehr niedrig, zu niedrig. Dabei macht sich auch eine zunehmende Spaltung der Wahlbeteiligung deutlich: Die absolut meisten Stimmen haben wir mit 4868 Stimmen in Schwachhausen erzielt bei einem relativen Ergebnis von 29,6 %. Das relativ beste Ergebnis erzielten wir in Gröpelingen mit 45,2 % bei lediglich 2448 absoluten Stimmen. Das Ergebnis ist uns Mahnung und Auftrag zugleich.

Eine Antwort auf das Problem der drohenden sozialen Spaltung hatten wir politisch mit dem Antrag A01/2014 „Mehr Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Armutsbekämpfung durch Weiterentwicklung der Sozialen Stadtpolitik“, der auch durch den Landesparteitag beschlossen wurde, versucht zu geben. Die Thematik wurde und wird weiter von uns verfolgt, auch in Begleitung unsres Themenforums Soziales, das sich im 1. Halbjahr 2014 mit Armutsbekämpfung, sozialen Zusammenhalt und Arbeitsmarktmaßnahmen beschäftigte. In dem Zusammenhang ist auch der Antrag A3/2014 „Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik in Bremen“, den wir gemeinsam mit den Jusos bearbeitet haben, zu sehen. Teils haben wir damals bereits die heutige Debatte vorausgedacht. Weiteres wichtiges Thema war, wie schon in den vergangenen zwei Jahren, die Wohnungspolitik. Hier haben wir auf Initiative des Ortsvereins Gartenstadt Vahr die Anträge A12/2014 „Sicherung der Wohnqualität“ und A13/2014 „Sicherung des Bremer Wohnungsbestandes“ erarbeitet. In der Folge wurde im März 2015 ein entsprechendes Wohnungsaufsichtsgesetz durch die Bremische Bürgerschaft beschlossen. Im zweiten Halbjahr 2014 haben wir außerdem noch intensiv das Bremer Bäderkonzept mit den betroffenen Ortsvereinen beraten und den Antrag A16/2014 „Bremer Bäder nachhaltig sanieren - Westbad und Standort Horn-Lehe langfristig sichern“ beschlossen. (siehe auch Beschlussbericht)

### Bürgerschafts- und Beirätewahl

Gleich nach der Europawahl begannen die Vorbereitungen für die Bürgerschafts- und Beirätewahlen im Mai 2015 mit der Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaft durch die Gliederungen. Erstmals war es in Veränderung der zugehörigen Richtlinie der Landesorganisation auch Arbeitsgemeinschaften möglich, Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren. Diese haben davon auch Gebrauch gemacht, was sich durch die Nominierungen der ASF besonders positiv auf die geschlechtergerechte Zusammensetzung der Liste für den Wahlbereich Bremen ausgewirkt hat. Als nicht unproblematisch hat sich allerdings die dadurch eröffnete Möglichkeit von Doppel- und/oder Wechselkandidaturen durch unterschiedliche Gliederungen erwiesen. Ebenso diskutiert werden sollte die Vergrößerung der Nominierungsbereiche von mehreren Ortsvereinen auf Beiratsbereiche, ähnlich, wie es bereits für die Vorschläge der Beiratskandidatinnen und –kandidaten Usus ist.

Der Parteitag am 17. Juli 2014 diente der Wahl der Mandatskommissionsmitglieder zur Zusammensetzung der Kandidatinnen- und Kandidatenliste zur Bürgerschaftswahl. Da wir hier die Vorgaben der neuen Satzung angewendet haben, war die Zusammensetzung der Mandatskommission nun erstmals ausgewogen mit Frauen und Männern besetzt. Dies hat der Zusammenarbeit der Kommission sicher gut getan! Den Genossinnen und Genossen sei an dieser Stelle ausdrücklich für diese anstrengende, zeitlich aufwändige und verantwortungsvolle Aufgabe gedankt. Im Ergebnis konnten wir

auf dem Parteitag am 18. Oktober 2014 eine Liste aus 27 Kandidatinnen und 27 Kandidaten beschließen, die insgesamt nicht nur deutlich weiblicher sondern auch jünger und vielfältiger geworden ist. Insbesondere den Genossinnen sei gedankt, die es ermöglicht haben, dass wir –gemeinsam mit dem Unterbezirk Bremen-Nord- erstmals in der Geschichte der SPD im Wahlbereich Bremen eine komplett geschlechtergerechte Liste präsentieren konnten. Dass das Angebot in seiner Vielfältigkeit von den Wählerinnen und Wählern durch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens nicht in der gleichen Weise angenommen wurde, ist schade. Eine Arbeitsgruppe der Landesorganisation unter Beteiligung der Unterbezirke beschäftigt sich mit dieser Frage.

Gleich nach der Aufstellung der Bürgerschaftsliste folgten die Aufstellung der Beiratskandidatinnen und –kandidaten. Vorbereitet haben wir dies u.a. durch die Wiederauflage unsres Mentoringprogramms, mit dem wir Genossinnen und Genossen an die Arbeit im Stadtteil heranführen wollen (siehe Bericht der Mitgliedsbeauftragten). Eine Reihe Mentees haben erfreulicherweise für die Beiräte kandidiert, z.T. auch erfolgreich. Den folgenden Vorständen wird eine Fortsetzung des Programms empfohlen. Insgesamt ist es uns wieder gelungen, in allen Beiratsbereichen mit insgesamt über 200 Frauen und Männern auf den Listen vertreten zu sein. Im Gegensatz zur Bürgerschaftsliste haben wir hier durchaus noch Nachholbedarf, was Vollständigkeit und Quotierung der Listen angeht.

Zeitgleich mit den Nominierungen und Aufstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten für Bürgerschaft und Beiräte wurden –zentral verantwortet durch die Landesorganisation- wichtige weitere Wahlvorbereitungen getroffen: die Aufstellung des Regierungsprogramms und Vorbereitung des Wahlkampfes. Die Genossinnen und Genossen des Unterbezirks haben in den verschiedenen Arbeitsgruppen zur Programmerstellung mitgewirkt. Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Unterbezirke waren an den jeweiligen Sitzungen des Landesvorstandes vertreten, um die originären kommunalen Belange des Unterbezirkes zu vertreten. Richtschnur dafür waren die zahlreichen Beschlüsse des Unterbezirkes aus den vergangenen zwei Jahren. In der Wahlkampfkommission der LO waren wir mit unsrem Wahlkampfbeauftragten Jürgen Pohlmann vertreten. Da der Wahlkampf und die Aufstellung des Regierungsprogramms zentral organisiert werden, bleibt dem Unterbezirk trotz nicht unerheblicher Co-Finanzierung der diversen Aktivitäten, regelmäßig wenig Spielraum für eigene Initiativen. Eine gemeinsame Auswertung des Wahlkampfes mit der LO steht noch aus.

Zum Bürgerschafts- und Beirätewahlkampf selbst verweise ich auf den Bericht des Wahlkampfbeauftragten und die Ausführungen im Kassenbericht.

Die Wahl am 10. Mai 2015 bescherte uns dann das bekannte Ergebnis. Die SPD hat über 100.000 Wählerstimmen verloren und erlitt mit 32,6 % ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte unseres Bundeslandes. Im Ergebnis schrumpfte die Zwei-Drittel-Mehrheit der Koalition aus SPD und GRÜNEN auf einen Überhang von zwei Mandaten über der absoluten Mehrheit. Auch bei den Wahlen zu den Beiräten setzte sich in dem Großteil der Stadtteile diese negative Tendenz für die SPD fort. Die Wahlbeteiligung erreichte ein historisches Tief von 50,1 %, verbunden mit einer weiteren Spaltung zwischen „reichen“ und „armen“ Stadtteilen. Der Präsident des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen trat in der Konsequenz von seiner Spitzenkandidatur zurück.

Nach dem schlechten Wahlergebnis konnten wir trotzdem schnell wieder handlungsfähig werden: Auf einem Landesparteitag wurde mit Carsten Sieling ein neuer Kandidat für das Amt des Präsidenten des Senats nominiert und die Aufnahme der Koalitionsverhandlungen mit den Grünen beschlossen. Die Unterbezirke sind in der Verhandlungskommission mit ihren Vorsitzenden vertreten. Wir haben insbesondere die kommunalen Belange unsrer Gliederungen zu vertreten. Bis auf die OS Ohlenhof, deren Nicht-Bau im Vertrag beschlossen wurde, meine ich, dass mir das gelungen ist. Der

diesbezügliche Beschluss zur OS Ohlenhof wurde in der Folge von beiden Landesparteitagen noch korrigiert. Inzwischen ist ein Neubau in anderer Form in Planung.

Wir haben uns im Unterbezirk auf einer Konferenz mit Landeswahlleiter Jürgen Wayand am 14. Juli 2015 das Wahlergebnis ausgewertet und daraus erste Schlüsse gezogen: Der Wahlkampf zeichnete sich weitgehend durch fehlende thematische Zuspitzung bis hin zur Langeweile aus. Gleich mehrere Vorwahlumfragen vermittelten unisono den Eindruck, dass das Ergebnis der Bürgerschaftswahl bereits fest stehe. Die sich dadurch ergebende Bequemlichkeit im Lager der vermeintlichen Wahlsiegerin wurde durch einen insgesamt wenig zugespitzten Wahlkampf der SPD unterstützt. Das neue Wahlrecht und der daraus folgenden stark zentrierte Personenwahlkampf verstärkte die Tendenz der Inhaltslosigkeit der Kampagne. Das Gros der Wählerinnen und Wähler hat die SPD an die Nichtwählerschaft verloren.

Inhaltlich spielten externe Faktoren wie die Bundespolitik für die Wahlentscheidung eine sehr geringe Rolle. In allererster Linie war die bremische Politik, bspw. die Bildungspolitik beim Thema Unterrichtsausfälle, zu dem der Senat keine überzeugende Antwort geben konnte, für den Ausgang der Wahl ausschlaggebend. Gerade bei den Themen und Problemen, die von den Wählerinnen und Wählern als besonders drängend angesehen wurden, werden der SPD offensichtlich geringe Kompetenzen zugebilligt.

Mit Blick auf die nächsten Bürgerschafts- und Beirätewahl in 4 Jahren und den davor liegenden Bundestags- und Europawahlen, bedarf es einer stärkeren Profilbildung der Sozialdemokratie und damit einer Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien. Wir brauchen klare sozialdemokratische Botschaften und Projekte, die wir in den nächsten 4 Jahren angehen und auch umsetzen. Armutsbekämpfung, sozialer Zusammenhalt und Chancengleichheit sind immer noch die Kernkompetenzen der SPD. Eine gemeinsame inhaltliche Auswertung des Wahlkampfes mit der Landesorganisation steht auch hier noch aus.

## Politischer Bericht 2. Teil

Dominierendes inhaltliches Thema des letzten Teiles der Wahlperiode des Vorstandes im 2. Hj 2015 war und ist die aktuelle Zuwanderung von Menschen aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten. Wir haben das Thema mit Diskussionsveranstaltungen und Parteitagsbeschlüssen bearbeitet. Bremen hat im Jahr 2015 weit über 10.000 Flüchtlinge aufgenommen und Obdach gegeben. Dies ist eine beispiellose Leistung aller haupt- und ehrenamtlichen Beteiligten. Wie in unsrem Regierungsprogramm beschrieben, sind wir nunmehr tatsächlich eine wachsende Stadt mit allen Vor- und Nachteilen, die daraus erwachsen. Die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer in unsre Stadtgesellschaft bietet uns Herausforderungen und Chancen zugleich. Die Integration wird gelingen, wenn wir sie auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Zusammenhaltes aller Bürgerinnen und Bürger unsrer Stadt und der sozialen Gerechtigkeit begreifen. Der Parteitag am 21. November 2015 hat dazu Beschlüsse gefasst: A03/2015 „Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen – wachsendes Bremen sozial gerecht gestalten“ als Antrag des OV Walle sowie A07/2015 „Chancengerechtigkeit und Armutsprävention in den Stadtteilen“ als Antrag des Vorstandes. Die Themen der Integration und des sozialen Zusammenhaltes werden die neuen Vorstände voraussichtlich weiter nachhaltig beschäftigen.

## Organisationsbericht

Nach den Sommerferien 2015 haben wir uns auf UB-Ebene, auch in Auswertung der vergangenen Wahl, mit der Kampagnenfähigkeit der Gliederungen vor Ort beschäftigt. Dazu gehört nach unsrer Meinung die bessere Zusammenarbeit der Ortsvereine. Um diese zu fördern, haben wir einen entsprechenden Fonds aufgelegt, den einige OV's auch bereits genutzt haben. Ebenso haben wir die zwei

Kampagnen (zur Flüchtlingspolitik und zum Tag des Ehrenamtes) angestoßen. Als Erfolg sehen wir eine neue Wiederauflage der Parteidiskussion in Form eines mitgliedsoffenen Arbeitsparteitages am 21. November 2015. Wir haben hier gemeinsam im Plenum und Arbeitsgruppen über Stadtteilgerechtigkeit, Flüchtlingspolitik und Wohnungsbau diskutiert und die Beratungen im Anschluss auf einem Beschlussparteitag zusammengefasst. Die Geschäftsordnung, verbunden mit vielfältigeren Antrags- und Rederechten, wurde entsprechend angepasst. Dem OV Horn-Achterdiek sei an dieser Stelle noch einmal für die Anregungen zur Verbesserung der Parteiarbeit gedankt.

Nicht unerwähnt bleiben kann im Organisationsbericht des Unterbezirkes die Bemühungen der Landesorganisation um Parteistrukturen. Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Unterbezirke waren an der Diskussion beteiligt. Bei durchaus richtigen Fragestellungen des Vorsitzenden (wie organisieren wir Parteiarbeit bei sinkenden Mitgliedszahlen, demografischen und gesellschaftlichen Wandel, wie kommen wir zu einer dem angemessenen Arbeitsteilung der Gliederungen) war mir jedoch nicht nachvollziehbar, wie die vorgeschlagene Zerteilung des Unterbezirkes Bremen-Stadt in 5 kleine Unterbezirke den Problemen abzuwehren vermocht hätte. Schließlich haben wir auch aufgrund o.gen. Probleme erst Ende der 90er Jahre die beiden Unterbezirke Ost und West erfolgreich zusammengeführt. Dies hat offensichtlich die überwiegende Mehrheit des Landesvorstandes ebenso gesehen, so dass es nicht zu einer entsprechenden Neuabgrenzung des Unterbezirksgebietes gekommen ist. Den neuen Vorständen wird es mit einem neuen Landesvorsitz vorbehalten bleiben, die offenen Fragen, auch der Arbeitsteilung der Gliederungen, weiter zu diskutieren.

Im ersten Quartal 2016 hat der Unterbezirk nunmehr die Aufgabe übernommen, die Veranstaltungen in Bremen-Stadt zur Vorstellung der Kandidaturen um den neuen Landesvorsitz im Zuge einer bremenweiten Mitgliederbefragung zu organisieren. Die Organisation der Briefwahl wird vom Landesbüro geleistet.

Die weiteren organisatorischen Punkte in Kürze:

Wir haben sieben Mal zu Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen zu wichtigen, hauptsächlich organisatorischen Fragen eingeladen.

Mit den Arbeitsgemeinschaften der Jusos, AG 60 plus, AfA und ASF haben wir u. a. durch regelmäßige Teilnahme ihrer jeweiligen Vorsitzenden an unseren Vorstandssitzungen Kontakt gehalten. Darüberhinaus haben wir im Juli 2014 eine Betriebsgruppe Seehäfen und einen Arbeitskreis Selbstaktiv gegründet, der mittlerweile in die neue Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene aufgegangen ist. Zu der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und der verschiedenen Arbeitskreise (Soziales, Christinnen und Christen, Netzpolitik, SAIZ) des Unterbezirks siehe separate Berichte.

Die Gesamtmitgliedschaft im Unterbezirk haben wir zwei Mal im Jahr mit einem Rundbrief informiert.

Vorstandssitzungen fanden in der Regel vierzehntägig (außer in den Ferien) statt.

Parteitage fanden insgesamt vier Mal statt. Aus den Gliederungen wurden insgesamt 30 Anträge zur Beschlussfassung gestellt, davon vom Vorstand sieben.

Zur leider nicht positiven Mitgliederentwicklung möchte ich auf den diesbezüglichen Bericht der Mitgliedsbeauftragten hinweisen. Die jährlichen Treffen unserer Neumitglieder sind immer gut besucht und anregend, trotzdem muss hier gemeinsam mit den Gliederungen vor Ort mehr getan werden.

Der Unterbezirksvorstand hat in dieser Wahlperiode eine Ortsvereinsneuabgrenzung vorgenommen: Das bisher nicht zugeordnete Gebiet des Beiratsgebietes Blockland wurde dem OV Horn-Lehesterdeich zugeordnet.

Zur finanziellen Lage, die insgesamt als gut zu bezeichnen ist, verweise ich auf den Kassenbericht der Kassiererin.

Nachholbedarf haben wir nach wie vor bei der Gestaltung unserer sozialen Medien. Insbesondere die facebook-Seite haben wir nicht so zu nutzen vermocht, wie dass dieses soziale Medium hergibt.

Die Unterbezirksschiedskommission brauchte glücklicherweise nicht selbst tagen. Dem Parteiausschlussverfahren gegen eine Genossin, die (erfolglos) als Einzelkandidatin gegen die Waller Beiratsliste der SPD kandidiert hatte, war der Unterbezirk beigetreten und wurde von Nicole Gronemeyer vertreten.

Bei aller Arbeit kam auch das kulturelle Miteinander nicht zu kurz: Unser jährliches Sommerfest hat inzwischen schon fast Tradition, ebenso die gemeinsame Kohlfahrt im Winter, bei der uns Susanne Kröhl immer wieder ausgesprochen lecker auf dem Alten Campingplatz am Unisee bekocht.

Im Unterbezirksbüro selbst haben wir leider wieder Veränderungen bei der Besetzung unserer halben Stelle erleben müssen. Unser Mitarbeiter Wolfgang Arnhold zog es zu seiner Familie nach Hamburg, er ist dort seit Anfang 2016 für eine Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete tätig. So sehr wir uns über die Familienzusammenführung freuen, bedauern wir doch seinen Fortgang sehr. Er hat uns bei allen organisatorischen und Verwaltungsfragen immer tatkräftig unterstützt und hat dem ehrenamtlichen Vorstand insbesondere im Wahlkampf im wahrsten Sinne des Wortes den Rücken freigehalten. In Absprache mit der Landesorganisation, die die andere fehlende Hälfte der Stelle zu verkraften hat, haben wir jedoch beschlossen, zum Ende einer Wahlperiode nicht auf eine sofortige Nachbesetzung zu bestehen, um den neuen Vorständen für eine so wichtige Entscheidung den nötigen Spielraum zu lassen. Wir werden seit Anfang des Jahres deshalb vorübergehend mit ein paar Stunden von Kevin Lenkeit, der den Unterbezirk bereits aus dem Wahlkampf kennt, sehr engagiert unterstützt. Diese Stundenreduzierung macht allerdings nachdrücklich deutlich, dass, auch mit fortgesetzter guter Zusammenarbeit mit dem Landesbüro, eine halbe hauptamtliche Stelle für das Unterbezirksbüro die Untergrenze für eine vernünftige ehrenamtliche Führung einer Gliederung mit über 2.900 Menschen darstellt.

### Fazit und Ausblick

Die Wahlperiode 2014/15 war überwiegend geprägt von Wahlkämpfen und deren zugehörigen Vor- und Nachbereitungen, Listenaufstellungen, Erarbeitung der Regierungs- und Beirätewahlprogramme, dem Wahlkampf selbst und danach der Verhandlung des Koalitionsvertrages. Diese Aufgabe bindet personelle, zeitliche und finanzielle Kräfte auf allen Gliederungsebenen. Dabei zogen sich aber inhaltliche Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und sozialen Zusammenhalt wie der sprichwörtliche rote Faden durch unsere politische Arbeit. Auch die Wahlergebnisse machen deutlich, dass dies die Fragen unserer Zeit sind. Verstärkt wird dies aktuell durch die Zuwanderung zahlreicher Flüchtlinge und deren Integration. Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit wird sich daran messen lassen müssen, wie ihr die Beantwortung dieser Fragen gelingt.

Abschließend möchte ich mich bei allen Vorstandsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren bedanken. Ohne Euch hätte mir das alles, bei aller Anstrengung, Stress und Zeitaufwand, nur halb so viel Spaß gemacht. Denen, die nicht wieder für den Vorstand kandidieren, wünsche ich alles Gute und weiterhin viel Erfolg bei allem, was Ihr Euch vornehmt.

Uta Kummer

Vorsitzende des Unterbezirks Bremen-Stadt

## Bericht des Wahlkampfbeauftragten zur Bürgerschafts- und Beirätewahl 2015

Die SPD hat über 100.000 Wählerstimmen bei der Bürgerschaftswahl verloren. Bei den Wahlen zu den Beiräten setzte sich in dem Großteil der Stadtteile diese negative Tendenz fort.

Der Wahlkampf zeichnete sich weitgehend durch eine fehlende thematische Zuspitzung aus.

Die niedrige Wahlbeteiligung von nur 50,1% erklärt sich weitgehend daraus, dass die Wahl im Bewusstsein der Wählerinnen und Wähler bereits entschieden war und nicht durch geringeres Interesse an den politischen Weichenstellungen im Land Bremen.

Bei der Wahlentscheidung standen Sachfragen im Vordergrund. Mehr als die Hälfte der Bremer Wählerinnen und Wähler gab an, dass in erster Linie das Vertrauen in die Lösungsansätze der der gewählten Parteien ihre eigene Wahlentscheidung beeinflusst hat. Bei den Kompetenzzuweisungen waren z.B. nur 27% der Wähler/Innen der Meinung, dass die SPD die Bildungsprobleme am besten lösen kann.

Die Verluste der SPD sind im Wesentlichen auf erhebliche sachliche Kompetenzverluste und auf eine zu wenig zugespitzte Wahlkampfführung zurückzuführen.

Mit Blick auf den vor uns stehenden Wahlkämpfen, bedarf es einer Profilbildung der SPD. Wir brauchen klare sozialdemokratische Botschaften und Projekte.

Mit der SPD müssen „Gesichter“ vor Ort verbunden sein, die sich aktiv im Beirat und Bürgerschaft für Bürgerinteressen einsetzen und nachvollziehbare Politik entwickeln.

Jürgen Pohlmann

stellv. UB-Vorsitzender/Wahlkampfbeauftragter



## Terminbericht (Aktivitäten des Unterbezirks Bremen-Stadt 2014/2015)

**22. März 2014**

Jahreshauptversammlung des UB mit Organisationswahlen im Bürgerhaus Vahr und Anträgen aus den Gliederungen, UBV-Anträge zu Armutsbekämpfung und Sozialer Stadtpolitik, zu Kinderbetreuung und Flüchtlingspolitik

**19. April 2014**

Osteraktionen in verschiedenen OV's

**3. Mai 2014**

Klausur des neuen UBV mit AGs und AKs zu Aufgaben-, Arbeits- und Terminplanung

**30. März - 25. Mai 2014 Europawahlkampf**

Infostände, Tür-zu-Tür- und Rosenaktionen, Verteilaktionen, Schifffahrt, Wahltaxi

**25. Mai 2014**

Europawahl

**30. März - 18. Juli 2014**

Mach mit im Stadtteil: Mentoringprogramm 2014 in den bremischen Stadtteilbeiräten (siehe Bericht der Mitgliedsbeauftragten)

**2. Juni 2014**

OV-Vorsitzendenkonferenz: Vorstellung des Arbeitsprogramms des UBV, Vorbereitung Aufstellung der Listen für die Bürgerschafts- und Beirätewahlen 2015, Besetzung Mandatskommission

**26. Mai -30. Juli 2014**

Nominierung der Kandidat/innen für die Bürgerschaftswahl durch die OV's und erstmals die AGs

**19. Juni 2014**

Beratung wohnungspolitischer Anträge mit dem OV Gartenstadt-Vahr mit Ralph Baumheier, AL in der SK

**21. Juni 2014**

Abstimmung mit UBV Bremen-Nord über Listenplätze zur Bürgerschaftswahl

**30. Juni 2014**

Gründung einer Betriebsgruppe Häfen Bremen, Sprecher Dieter Schindler

**14. Juli 2014**

Neuabgrenzung des OV Horn-Lehesterdeich durch Einbeziehung des Beiratsgebietes Blockland

**17. Juli 2014**

UB-Parteitag im Bürgerzentrum Vahr, insbesondere zur Wahl der Mitglieder der Mandatskommission sowie Anträge der Gliederungen, UBV-Anträge mit OV Gartenstadt-Vahr zu Wohnungspolitik

**18. Juli 2014**

Sommerfest des UB im Jugendfreizeitheim Findorff

**21. Juli 2014**

Veranstaltung des Sozialforums des UB zum sozialen Arbeitsmarkt, mit Dieter Reinken, arbeitsmarktpol. Sprecher der Bürgerschaftsfraktion, Hildegard Jansen, AL im Arbeitsressort und Helmut Weskamp, GF des jobcenter Bremen

**24. Juli 2014**

Gründung des AK Selbstaktiv, Sprecherin Petra Wontorra

**21. September 2014**

Infostand mit OV Walle beim autofreien Sonntag auf dem Osterfeuerberger Ring

**1. Oktober 2014**

Infostand der AG 60+ auf dem Tag der älteren Generation, Thema Wohnen im Alter

**11. September - 31. Oktober 2014**

Mitwirkung an der Aufstellung des Regierungsprogramms durch die LO für die Bürgerschaftswahl 2015

**12. September - 5. Oktober 2014**

Beratungen der Mandatskommission zur Aufstellung der Liste der Kandidat/innen für die Bürgerschaftswahl 2015

**6. Oktober 2014**

OVVors.-Konferenz mit Peter Sakuth, Sprecher der Mandatskommission zur Vorstellung des Listen-vorschlags

**13. Oktober 2014**

UBV mit SR Holger Münch und OVs aus dem Westen und Nord-Osten zum Bäderkonzept

**18. Oktober 2014**

UB-Parteitag in der Aula der Gesamtschule Ost, insbesondere zum Listenvorschlag für die Kandi-dat/innen aus dem UB Bremen-Stadt zur Bürgerschaftswahl 2015, Beschluss zu Bäderkonzept

**10. November 2014**

OVV-Konferenz zur Aufstellung der Beiratslisten und –wahlprogrammen und zur Vorbereitung des Wahlkampfes

**24. November 2014**

UBV mit dem Landesvors. Dieter Reinken zum Stand der Rekommunalisierung Abfallentsorgung und Straßenreinigung (Arbeitskreis auf Landesebene)

**16. November - 7. Dezember 2014 und 28. Januar 2015**

Aufstellung der Beiratslisten für die Beiratswahl 2015 in den OVs der Beiratsgebiete

**November 2014 - März 2015**

LO-Veranstaltungsreihe mit Co-Finanzierung UB in den Stadtteilbeiräten: Bürgermeister im Gespräch

**26. Januar 2015**

UBV zum Entwurf des Regierungsprogramms zur Bürgerschaftswahl 2015

**7. Februar 2015**

Neumitgliedstreffen 2014 im Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion

**21. Februar 2015**

Kohltour des UB zum Alten Campingplatz am Unisee

**23. Februar 2015**

OVVors.-Konferenz zur Vorbereitung Bürgerschafts- und Beirätewahlkampf

**11. April -10. Mai 2015**

Bürgerschafts- und Beirätewahlkampf (sh. auch Bericht des Wahlkampfbeauftragten)

CoFinanzierung der Beirats- und Kandidat/innenflyer und vor-Ort-Plakate, Roll-in und –out der Plakate, Tür-zu-Tür- und Rosenaktionen, Infostände und zentraler Infostand, Wahltaxi

**10. Mai 2015**

Bürgerschafts- und Beirätewahl

**1. Juni 2015**

UBV mit Carsten Sieling, neuer Bürgermeisterkandidat und der stv. LaVors. Sarah Ryglewski zu den inhaltlichen Schwerpunkten und geplanten Ablauf der Koalitionsverhandlungen

**29. Juni 2015**

UBV zum Vorschlag für 6 Deputierte

**6. Juli 2015**

UBV zur Bewertung des Entwurfes der Koalitionsvertrages mit, UBV empfiehlt Zustimmung

**14. Juli 2015**

Parteikonferenz des UB zur Auswertung der Bürgerschaftswahl mit Landeswahlleiter Jürgen Wayand, Positionspapier des UBV

**Juli - November 2015**

Beratungen der LO zu Parteistrukturereform mit Beteiligung der UB-und stv. Vorsitzenden

**7. September 2015**

OVVors.-Konferenz zu Strukturfragen auf Ebene der OVs, Diskussionspapier des UBV

**11. September 2015**

Sommerfest des UB im Nachbarschaftshaus Gröpelingen

**21. September 2015**

UBV zu Flüchtlingspolitik mit der Integrationsbeauftragten Silke Harth

**5. Oktober 2015**

UBV zur OS Ohlenhof mit SR Frank Pietrzok und OV's des Bremer Westens

**15. Oktober 2015**

Gemeinsame Veranstaltung mit dem UB Bremen-Nord in der Strandlust Vegesack zu Fragen der Flüchtlingspolitik mit Karl Bronke, AL im Sozialressort

**19. Oktober 2015**

OVVors.-Konferenz zu weiteren Strukturfragen, u.a. zu Antrag des OV Horn-Achterdiek zur Gestaltung der Parteiarbeit

**21. November 2015**

UB-Parteitag / mitgliedsoffene Parteikonferenz in der Aula der Gesamtschule Ost zu Fragen von sozialer Stadtteilentwicklung, Integration von Flüchtlingen und Wohnungspolitik, u.a. mit Rene Böhme vom iaw, Beschluss zu Armutsprävention in den Stadtteilen und zu Flüchtlingspolitik

**3. Dezember 2015**

Veranstaltung des Sozialforums des UB mit OV Gartenstadt-Vahr zu Rentenpolitik mit Ingo Schäfer, AN-Kammer Bremen

**5. Dezember 2015**

Infostände verschiedener OV's zum Tag des Ehrenamtes

**7. Dezember 2015**

UBV mit Sarah Ryglewski, neue MdB, zu ihrer Wahlkreisarbeit

**15. Dezember 2015**

Unser Mitarbeiter Wolfgang Arnhold wird anlässlich seines Wechsels zur SPD Hamburg verabschiedet.

**23. Januar 2016**

Neumitgliedstreffen 2015 in den Räumen der SPD-Bürgerschaftsfraktion

**1. Februar 2016**

OVV-Konferenz zur Vorbereitung der Mitgliedsbefragung um den zukünftigen Landesvorsitz

**22. Februar 2016**

Veranstaltung mit OV Schwachhausen-Nord zu Asylpolitik mit Bettina Scharrelmann, Leiterin des Ausländeramtes, Albert Timmer, Rechtsanwalt und Sascha Karolin Aulepp, rechtspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion

**5. Mai 2016**

Kohltour des UB zum Alten Campingplatz am Unisee

## 1. März- 4 April 2016

Veranstaltungen zur Mitgliedsbefragung für den Landesvorsitz:

- 1. März 2016, Bremer Westen im Nachbarschaftshaus Gröpelingen
- 4. März 2016, Bremer Süden I in den Räumen der AmeB in Huchting
- 7. März 2016, Bremer Süden II im Bürgerzentrum Obervieland
- 9. März 2016, Bremer Nord-Osten im Gehörlosenfreizeitheim in Schwachhausen
- 16. März 2016, Bremer Osten im Bürgerhaus Mahndorf
- 4. April 2016, Bremen Mitte im Veranstaltungszentrum KWADRAT

## 12. März 2016

Jahreshauptversammlung im Bürgerzentrum Vahr

Aufgeführt wurden die mindestens parteioffenen Termine des UB und politisch wichtige Vorstandsberatungen. Weitere Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitskreise sind den dortigen Berichten zu entnehmen. Der Vorstand hat im Grundsatz 14-tägig (außer in den Ferien) getagt, davon ca. 1x im Monat mit seinen ständigen Gästen aus den Arbeitsgemeinschaften.

## Kassenbericht für die Jahre 2014/2015

Zu Beginn des Berichtszeitraums am 01.01.2014 lag das Vermögen des Unterbezirks bei 45.146,67 Euro. Am 31. Dezember 2014 betrug das Vermögen 24.587,66 Euro und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 weist einen Vermögensstand von 32.126,31 Euro aus.

Aufgrund einer soliden Haushaltsführung des Unterbezirks, auch im Rahmen des Europawahlkampfes und des Bürgerschafts- und Beirätewahlkampfes, konnten dennoch zwingend notwendige Rücklagen für rückläufige Beitragseinnahmen und damit zur Finanzierung der Wahlkämpfe in den kommenden Jahren gebildet werden.

In den Berichtsraum 2014/2015 fielen zwei Wahlkämpfe. Im Jahr 2014 haben wir einen erfolgreichen Europawahlkampf durchgeführt. Unser Kandidat Joachim Schuster konnte in das Europaparlament einziehen. Die Kosten des Unterbezirks für den Europawahlkampf lagen bei 9.139,40 Euro.

Im Jahr 2015 haben wir einen engagierten Bürgerschafts- und Beirätewahlkampf geführt. Der Wahlkampf fand zum zweiten Mal unter dem neuen Persönlichkeitswahlrecht statt. Dies forderte einen erhöhten Aufwand bezüglich des Wahlkampfmaterials und damit auch einen höheren finanziellen Aufwand als bei vergangenen Wahlen.

Der Unterbezirk finanzierte folgende Maßnahmen im Rahmen des Bürgerschafts- und Beirätewahlkampfes:

- Grundkosten der Beirätebroschüre, Beiratslistenplakate und Regionsplakate, Fotos etc., insgesamt 36.002,00 Euro
- Beiratslistenplakate, Regionsplakate, Rosen für die Verteilung bei Hausbesuchen, Gebühren Infostände der Ortsvereine und des Unterbezirks, Roll out der Plakate, Wahltaxi, Material, insgesamt 11.794,99 Euro

Darüber hinaus beteiligte sich der Unterbezirk anteilig an folgenden Maßnahmen:

- „Bürgermeister im Gespräch“ Veranstaltungen, Anschaffung neuer Plakatträger, Ausstattung zentraler Infostand, Tür-zu-Tür Aktionen, Roll in der Plakatträger, insgesamt 15.263,45 Euro
- Zusätzlich zu der anteiligen Finanzierung dieser einzelnen Maßnahmen hat der Unterbezirk die Landesorganisation bei der Finanzierung des Wahlkampfes durch die Erlassung der Sonderbeiträge für das 3. und 4. Quartal in Höhe von insgesamt 9.030,00 Euro unterstützt.

Damit betragen die Kosten des Bürgerschafts- und Beirätewahlkampfes für den Unterbezirk insgesamt 72.090,44 Euro. Positiv zu erwähnen ist, dass sich die finanzstarken Ortsvereine finanziell mit einem freiwilligen Zuschuss zum Bürgerschaftswahlkampf beteiligt haben.

Weitere Schwerpunktaktivitäten im Berichtszeitraum im Bereich der politischen Arbeit waren:

- Durchführung der Unterbezirksparteitage
- Durchführung von Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen
- Beratungen der Mandatskommission

- Durchführung von Parteikonferenzen zum Thema Auswertung der Bürgerschaftswahlen und zum Thema Flüchtlingspolitik
- Verschiedene Veranstaltungen des Sozialforums des Unterbezirks
- Durchführung des Mentoringprogramms „Mach mit im Stadtteil“
- Jährliche Neumitgliedertreffen, Sommerfeste und Kohltouren

Dies ist nach vier Jahren mein letzter Kassenbericht an Euch. Ich werde nicht wieder als Schatzmeisterin des Unterbezirks kandidieren. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Hauptkassiererinnen und Hauptkassierern für ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Melanie Kennard  
Schatzmeisterin

Original

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Seite 1

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

**Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014**

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

1. Einnahmen:		Betrag
Konto	Bezeichnung	
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	49.685,90
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	0,00
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	0,00
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	62,24
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	372,70
2700	Zuschüsse von Gliederungen	18.060,00
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	176,00
	<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>68.356,84</b>
2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	3.889,81
4110	Allgemeine Verwaltung	3.229,81
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	660,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	26.044,82
4310	Europawahlkampf	9.139,40
4320	Bundestagswahlkampf	0,00
4330	Landtagswahlkampf	0,00
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen	49.665,82
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	176,00
	<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>88.915,85</b>

\*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

\*\* Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

Office Consult GmbH

01. JUNI 2015

Eingang



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 2

Gliederung: 13001000000

SPD-UB Bremen-Stadt

## Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

<b>3. Vermögensrechnung</b>		<b>01.01.2014</b>	<b>31.12.2014</b>
<b>0100</b>	<b>Gegenstände des Anlagevermögens</b>	0,00	0,00
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 1142223	30.239,01 ✓	63,24 ✓
1023	Sparbuch Nr. 38671798	16.992,58 ✓	24.524,42 ✓
1031	SEB Kto.1282571900		
<b>Summe Bankkonten</b>		<b>47.231,59</b>	<b>24.587,66</b>
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
<b>Summe Beteiligungen an Unternehmen</b>			
1220	Sonstige Finanzanlagen		
<b>Summe Sonstige Finanzanlagen</b>			
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
<b>Summe Forderungen an Gliederungen</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
<b>Summe Sonstige Forderungen</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	-977,16 ✓	0,00
<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei</b>		<b>-977,16</b>	<b>0,00</b>
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>			
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
<b>Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern</b>		<b>-1.107,76 ✓</b>	<b>0,00</b>
1640	Sonstige Verbindlichkeiten		
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
<b>Summe Sonstige Verbindlichkeiten</b>		<b>-1.107,76 ✓</b>	<b>0,00</b>
1700	Rückstellungen		
<b>Summe Rückstellungen</b>			
<b>Vermögensbestände insgesamt</b>		<b>45.146,67 ✓</b>	<b>24.587,66</b>
<b>Abstimmung</b>			
	Summe der Geldbestände am 01.01.:		45.146,67
	+ Einnahmen:		68.356,84
	Zwischensumme:		113.503,51
	- Ausgaben:		88.915,85
	Summe der Geldbestände am 31.12.:		<b>24.587,66</b>
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beiträge in EUR

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

**Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014**

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

**4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht**

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit \_\_\_\_\_ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

**5. Vollständigkeitserklärung**

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigelegten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2014 betragen 24.587,66 Euro.

Ort, Datum: BREMEN, 10. April 2015

Unterschriften

Kassierer/in:

[Handwritten Signature]

Vorsitzende/r:

[Handwritten Signature]

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

13.10.2015

Revisorinnen

[Handwritten Signature]

und

Revisoren

[Handwritten Signature]

**Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes**

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

1. Einnahmen:		Betrag
Konto	Bezeichnung	
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	51.212,60 ✓
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	1.240,00 ✓
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	1.240,00
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	0,00
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	0,00
2700	Zuschüsse von Gliederungen	10.680,00 ✓
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	170,00 ✓
	<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>63.302,60</b> ✓
2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	2.010,62 ✓
4110	Allgemeine Verwaltung	1.770,62
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	240,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	14.134,37 ✓
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	0,00
4330	Landtagswahlkampf	11.794,99 ✓
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen	27.653,97 ✓
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	170,00 ✓
	<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>55.763,95</b> ✓

\*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

\*\* Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

<b>3. Vermögensrechnung</b>		<b>01.01.2015</b>	<b>31.12.2015</b>
<b>0100</b>	<b>Gegenstände des Anlagevermögens</b>		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 1142223	0,00	0,00
1023	Sparbuch Nr. 38671798	63,24	63,24
1031	SEB Kto.1282571900	24.524,42	32.063,07
	<b>Summe Bankkonten</b>	<b>24.587,66</b>	<b>32.126,31</b>
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	<b>Summe Beteiligungen an Unternehmen</b>		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	<b>Summe Sonstige Finanzanlagen</b>		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
	<b>Summe Forderungen an Gliederungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	<b>Summe Sonstige Forderungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		0,00
	<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	<b>Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern</b>		0,00
1640	Sonstige Verbindlichkeiten		
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	<b>Summe Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1700	Rückstellungen		
	<b>Summe Rückstellungen</b>		
	<b>Vermögensbestände insgesamt</b>	<b>24.587,66</b>	<b>32.126,31</b>
<b>Abstimmung</b>	Summe der Geldbestände am 01.01.:		24.587,66
	+ Einnahmen:		63.302,60
	Zwischensumme:		87.890,26
	- Ausgaben:		55.763,95
	Summe der Geldbestände am 31.12.:		<b>32.126,31</b>
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

## Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

### 4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

- Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)
- Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit \_\_\_\_\_ Euro aufgeführt.

**Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro** je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

### 5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2015 betragen \_\_\_\_\_ Euro.

Ort, Datum:

Bremen, 12.02.2016

Unterschriften

Kassierer/in:

*[Handwritten Signature]*

Vorsitzende/r:

*[Handwritten Signature]*

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Revisorinnen

und

Revisoren

Bremen, 12.02.2016

\* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

# Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2014

UB - SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt (130010000000)

## A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2014	männlich	weiblich
2985	1949 (65,29) %	1036 (34,71) %

## Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
442 (14,81) %	971 (32,53) %	1572 (52,66) %

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 59 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter	Selbständige	Schüler bzw. Student	Hausfrau/-mann	Beamte	Azubi
755	124	169	466	71	225	38
Rentner / Pensionäre	Berufssoldaten	Leitende Angestellte	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirte	Unbekanntes	
952	7	8	95	0	55	

In unserem Ortsverein lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 5 Euro pro Monat	23,53 %
zwischen 5 und 20 Euro pro Monat	61,76 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	10,33 %
mehr als 50 Euro pro Monat	4,38 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 13,59 Euro an monatlichem Beitrag.

## B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich
126	85 (67,46 %)	41 (32,54 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr	
4,22 %	- 44	

Im Schnitt waren die Neumitglieder 38,8 Jahre alt.

## C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich
241	168 (69,71 %)	73 (30,29 %)
Austritte	Todesfälle	Sonstiges
195	46	0
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr	
6,53 %	+ 74	

## D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2005	2006	2007	2008	2009
3760	3579	3425	3261	3213
2010	2011	2012	2013	2014
3162	3189	3099	3104	2985

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

# Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2015

UB - SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt (130010000000)

## A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2015	männlich	weiblich
2912	1901 (65,28) %	1011 (34,72) %

## Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
421 (14,46) %	946 (32,49) %	1545 (53,06) %

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 59 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter	Selbständige	Schüler bzw. Student	Hausfrau/-mann	Beamte	Azubi
752	118	159	454	70	228	43
Rentner / Pensionäre	Berufssoldaten	Leitende Angestellte	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirte	Unbekanntes	
903	6	11	94	0	53	

In unserem Ortsverein lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 5 Euro pro Monat	17,62 %
zwischen 5 und 20 Euro pro Monat	65,91 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	11,57 %
mehr als 50 Euro pro Monat	4,90 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 14,64 Euro an monatlichem Beitrag.

## B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich
91	62 (68,13) %	29 (31,87) %
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr	
3,13 %	- 35	

Im Schnitt waren die Neumitglieder 34,9 Jahre alt.

## C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich
183	128 (69,95) %	55 (30,05) %
Austritte	Todesfälle	Sonstiges
134	49	0
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr	
4,60 %	- 61	

## D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2006	2007	2008	2009	2010
3579	3425	3261	3213	3162
2011	2012	2013	2014	2015
3189	3099	3104	2985	2912

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Mitgliederbestand der Ortsvereine im Unterbezirk zum 31. Dezember 2015

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.912
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	183
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	60
SPD-OV Bremen-Borgfeld	49
SPD-OV Bremen-Buntentor	121
SPD-OV Bremen-Findorff	200
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	42
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	102
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	124
SPD-OV Bremen-Hastedt	75
SPD-OV Bremen-Hemelingen	37
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	98
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	104
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	180
SPD-OV Bremen-Huckelriede	35
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	80
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	117
SPD-OV Bremen-Neustadt	121
SPD-OV Bremen-Oberneuland	79
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	65
SPD-OV Bremen-Osterholz	147
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	231
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	124
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	124
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	135
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	48
SPD-OV Bremen-Seehausen	11
SPD-OV Bremen-Strom	16
SPD-OV Bremen-Walle	136
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	68



## Einzelberichte

### Bericht der Jusos

Die beiden zurückliegenden Jahre waren für die Jusos geprägt durch die Europawahl 2014, die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2015 und die Ausrichtung des Bundeskongresses der Jusos 2015. Trotz des großen organisatorischen Aufwands haben wir auch inhaltlich viel gearbeitet und Aktionen außerhalb von Wahlkampfständen auf die Beine gestellt. Insgesamt liegen spannende und ereignisreiche Jahre hinter uns.

#### Mitgliederversammlungen

Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig alle zwei Wochen statt und sind der Ort, an dem wir sowohl inhaltlich als auch organisatorisch die Arbeit der Jusos planen, über Themen diskutieren und Anträge ins Rollen bringen. Dabei ist für uns eine vielfältige Themenauswahl sowie eine offene und wertschätzende Diskussionsatmosphäre von großer Bedeutung. Hier ein Auszug der Themen mit denen wir uns in den letzten zwei Jahren befasst haben: Netzneutralität und Datenschutz, der Bremer Schulfrieden, der Israel-Palästina Konflikt, Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft, Unterbringung von Geflüchteten, Kita-Pflicht, Betriebliche Mitbestimmung und Belegschaftsaktien, Auseinandersetzung mit dem Prostitutionsgesetz, Asylrechtsverschärfungen usw. Während einige der Mitgliederversammlungen in Anträgen mündeten, dienten andere dem Informationsaustausch und der Diskussion. Gerne haben wir auch Gäste eingeladen, die tiefere Einblicke gewähren konnten in ihr Themengebiet.

#### Aktionen

Da die inhaltliche Arbeit allein auf Dauer etwas eintönig werden kann, organisieren wir eigenständig oder helfen auch gerne bei Aktionen auch außerhalb des Wahlkampfes. Regelmäßig besuchten wir Demonstrationen, wie die zum 1. Mai oder zum Frauenkampftag und waren auch bei spontaneren Demos, wie beispielsweise zur „Refugees Welcome“-Demo, anzutreffen. Aber auch bei der Nacht der Jugend waren wir in den letzten beiden Jahren mit einem eigenen Stand vertreten und haben dort zu den Themen „Heimat“ und „Welcome“ mit den Jugendlichen gearbeitet und gebastelt. Weiterhin kam auch die Mitgliederbindung nicht zu kurz und so veranstalteten wir Führungen durch die Ausstellungen „Gemeine Wahrheiten“, „Ausplündern und Verwalten“ sowie durch den Denkort Bunker Valentin für unsere Mitglieder. Fehlen durften auch nicht unsere obligatorischen Besuche auf Osterwiese, Freimarkt und Weihnachtsmarkt.

#### Unsere Arbeit in der SPD

Die Arbeit der SPD begleiten und unterstützen wir Jusos kritisch-konstruktiv und verstehen uns auch weiterhin als Antriebskraft die SPD auf den „linken Pfad“ zu bringen und dabei auch „als Stachel im Fleisch der SPD“ zu fungieren wenn es nötig ist. Wir begutachten und hinterfragen die Entscheidungen der SPD sowohl auf Bundes-, Landes- und Unterbezirksebene als auch der Fraktionen in den Gremien kontinuierlich und äußern uns anlassbezogen auch innerparteilich oder öffentlich dazu. Weiterhin bringen wir uns auf den Parteitag regelmäßig ein und reichen eigene Anträge ein, wie beispielsweise den Antrag „Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik in Bremen“ oder „Landesmindestlohn um eine Mindestausbildungsvergütung ergänzen“.

Abschließend möchten wir uns bei all unseren Mitgliedern und allen „Jusos im Herzen“ bedanken für ihre Arbeit und tatkräftige Unterstützung. Für den demokratischen Sozialismus und hoch die internationale Solidarität!

Elena Reichwald  
Vorsitzende

## Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Der Schwerpunkt der AfA-Arbeit lag in der Kontaktpflege zu betrieblichen und behördlichen Interessenvertretungen sowie an Arbeitnehmerfragen Interessierten der Partei. Der Unterbezirksvorstand der AfA tagte hierzu regelmäßig öffentlich, wozu alle Interessierten eingeladen wurden, die sich in die Verteilerliste der AfA eingetragen haben.

Inhaltlich bildete ein Schwerpunkt die Auseinandersetzung mit der Initiative „Beschäftigungsförderung durch Arbeitsumverteilung“ des Forums für Arbeit e.V. Bremen. Hierzu soll 2016 ein Antrag in die SPD eingebracht werden. Außerdem setzten wir uns mit konkreten betrieblichen Problemstellungen, wie etwa der Situation bei Karstadt oder beim Gesamthafenbetriebsverein auseinander. In diesem Zusammenhang traten einige Neumitglieder aus der Hafengewirtschaft in die SPD ein. Für die Beschäftigten im Güterverkehrszentrum unterstützten wir ein verbessertes Angebot der Buslinie 63.

Im Bürgerschaftswahlkampf beteiligte sich die AfA ferner an verschiedenen Aktionen.

Angelo Caragiuli und Inge Briggs  
Für den Vorstand

## Bericht der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Am 18. Februar 2014 wurde von der ASF-Jahreshauptversammlung ein neues Vorstandsteam gewählt. Erste Vorsitzende wurde Anja Riemer, stellvertretende Vorsitzende Shantha Chaudhuri und Schriftführerin Annika Barlach. Beisitzerinnen wurden Maren Bullermann, Ruken Aytas, Gudrun Winkelmann und Dr. Angela Stoklosinski. Delegierte der ASF für den SPD-Unterbezirksparteitag waren zusätzlich Gudrun Winkelmann und Dr. Brigitte Hahn-Walczak, Christiane Kromp UB-Ersatzdelegierte. Der ASF-Vorstand hat sich in seiner zweijährigen Amtsperiode sechs- bis siebenmal im Jahr zu Vorstandssitzungen getroffen, zu denen interessierte Genossinnen jederzeit dazu kommen konnten. Die Vorstandsfrauen beteiligten sich auch an den Aktivitäten der Landes-ASF, wie z.B. der Veranstaltungsreihe „Starke Frauen“ und den Anträgen für die SPD-Landesparteitage.

Zur Vorbereitung der Bürgerschaftswahl 2015 hatte die ASF zusammen mit dem Unterbezirksvorstand alle Genossinnen aufgerufen, die an einer Kandidatur auf der SPD-Bürgerschaftsliste interessiert waren, sich beim ASF-Vorstand zu melden. Alle Genossinnen hatten die Gelegenheit, über eine Nominierung in der ASF-Konferenz sich der Auswahl durch die SPD-Mandatskommission zu stellen.

- März 2014:  
Filmvorführung „Hannah Arendt“ im City 46 im Rahmen der Veranstaltungen des Internationalen Frauentages 2014.
- 7. Juli 2014  
ASF-Nominierungskonferenz für die Bewerbungen für die SPD-Bürgerschaftsliste.
- 31. Oktober 2014  
Besuch der ASF im Mütterzentrum Neue Vahr.
- 1. März 2015  
Filmvorführung „Coco Chanel“ im City 46 im Rahmen der Veranstaltungen des Internationalen Frauentages 2015.
- 20. März 2015  
Wahlkampf-Erfahrungstausch der Bürgerschaftskandidatinnen Bremen-Stadt und Bremen-Nord, Haus der Wissenschaft, Sandstr. 4-5.
- 21. November 2015  
ASF-Antrag für den Unterbezirksparteitag: Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in Bremen – angenommen.

Anja Riemer  
Vorsitzende

## Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Die Zusammenarbeit im Vorstand der AG 60plus wie auch mit dem Parteimitarbeiter Wolfgang Arnold war im Berichtszeitraum 2014 / 2015 kollegial und gut.

Ende 2015 hatte die SPD im Unterbezirk Bremen Stadt 2912 Mitglieder. Davon waren 1545 (53,6%) über 60 Jahre alt und damit Mitglieder der AG 60 plus. Die Anzahl der 60plus Mitglieder steigt nominell stetig, bei sinkenden Mitgliederzahlen der Partei. Selbstkritisch ist festzuhalten, Mitglieder im Alter von 60 Jahren und älter, sind nicht automatisch alles aktive Mitglieder der AG 60 plus. Davon unbenommen muss allerdings erwartet werden, dass die AG 60plus durch ihre Tätigkeit von der Partei ein hinreichendes Maß an Unterstützung findet.

In der AG 60 plus finden sich ältere Parteimitglieder zusammen, die häufig guten Zugang zu älteren Bürgern haben, die für die erfolgreiche Politik der SPD werben, die sich in den Wahlkämpfen für die SPD einsetzen; sie sind für die alltägliche Parteiarbeit unverzichtbar.

Die AG 60plus ist für viele Ältere politische Heimat. Es kommt immer wieder vor, dass ältere Parteimitglieder mit der Politik ihres Ortsvereins oder mit den dort handelnden Personen nicht konform gehen. Sie fühlen sich alleingelassen bzw. nicht mehr wahrgenommen. Bei der AG 60plus finden sie Genossinnen und Genossen, mit denen sie gemeinsam interessierende Themen und Probleme erörtern und beraten können. So werden dort Besuche und Gespräche mit politisch relevanten und interessanten Institutionen und Gremien vorbereitet und organisiert, um die für Ältere vorhandene Probleme und Missstände anzugehen und ggf. Lösungen zu erarbeiten. Aufmerksamkeit finden alle Themen, die politisch in Bremen und anderswo von Bedeutung sind. So werden Fragen des altersgerechten Wohnraums, der Gesundheitspolitik, der Krankenversicherung, der Rentenpolitik, der Bürgerversicherung, der zunehmenden Altersarmut, der Altersdiskriminierung, der aktuellen Flüchtlingspolitik, der öffentlichen Sicherheit oder auch Missstände in der Unterbringung und Pflege von älteren Menschen leidenschaftlich diskutiert und nach Lösungen, gemeinsam mit der AG 60plus in anderen Bundesländern und im Bund besprochen und wo es sinnvoll ist, als Beschlüsse auf den Weg gebracht. Beschlüsse aus anderen Gliederungen der SPD, die die Belange der Älteren tangieren, werden unterstützt.

Es geht fast immer um Forderungen für ein menschenwürdiges Altern und altersgerechte Lebensumstände durch Einflussnahme auf die politischen Gremien der SPD, die nicht immer bei ihren politischen Entscheidungen an die Wirkung auf die älteren Menschen denken. Die Chance mit den von 60plus formulierten Themen Erfolg zu haben, wird gestärkt, wenn politische Forderungen in wirksamen Bündnissen zwischen Jung und Alt auf den Weg gebracht werden. Naheliegend ist, dass die Entwicklungen in den letzten 2 Jahren große Beachtung gefunden haben, die im Zusammenhang mit Kandidaturen von Genossinnen und Genossen zur Bremer Bürgerschaft im Jahr 2015 standen. Dazu gehörte auch die Erarbeitung von Forderungen zur Vorbereitung des Bremer Wahlprogramms, die von den Delegierten der AG 60plus auf den Parteitag gestellt bzw. unterstützt wurden.

Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von Parteiaktivitäten ist für ehrenamtlich Tätige immer wieder eine Herausforderung, weil dafür hauptamtliche personelle Ressourcen nicht oder nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass die Rahmenbedingungen in der Partei seit der Ansiedlung des Parteibüros in der Stadtmitte nicht zufriedenstellend sind. Die Räumlichkeiten des Parteibüros (sie stehen nur eingeschränkt zur Verfügung) und deren Lage empfinden wir als nicht vorteilhaft. Es gibt dort leider nicht die aus unserer Sicht notwendige Willkommenskultur, die zum

Besuch und zum Aufenthalt einlädt. Der Besuch des Büros und die Nutzung der Räumlichkeiten über Pfortner und Fahrstuhl sind nicht optimal. Zudem ist ein Parteibesuch fast immer mit zusätzlichen Kosten (z.B. Parkgebühren) verbunden. Die Praxis, viele Aufgaben Ehrenamtlern zu übertragen, macht es zunehmend schwerer, Kandidatinnen und Kandidaten, „Jungsechziger“, für kontinuierlich zu leistenden Parteaufgaben z.B. als Vorstandsmitglieder zu begeistern. Allenfalls für Beisitzertätigkeiten, ohne regelmäßige feste Verpflichtungen, gibt es „Mitmacher“.

Unsere Aufgabe, Anträge für Parteitage zu formulieren, Besuche, Treffen und Veranstaltungen zu organisieren und die Wünsche der Älteren in der Bremer SPD zu verbreiten, lässt sich, so zeigt es die Realität, ehrenamtlich nicht zuverlässig und effektiv ohne ein Mindestmaß an Unterstützung realisieren. Häufig erreichen uns politische Vorgänge, die z.B. in den Parlamenten bearbeitet und beschlossen werden und die die Ältere betreffen, nicht oder nur verzögert. Das sollte durch eine verbesserte parteiinterne Kommunikation verbessert werden.

So fordern wir zukünftig eine zuverlässige regelmäßige Information der AG 60plus Mitglieder über die Arbeit in der SPD Bürgerschaftsfraktion, im Bundestag und im Europaparlament soweit altersrelevante Themen beraten und beschlossen werden.

Einen solchen gesicherten Informationsfluss gibt es z.Zt. nicht und kann ehrenamtlich auch nicht geleistet werden. Mitglieder der AG 60plus die dieses Problem wenigstens für die Bremische Bürgerschaft teilweise beseitigen könnten, gibt es nicht. Der Bremer SPD Vorstand hat es abgelehnt, Ältere die bei der AG60plus aktiv eingebunden sind, den parlamentarischen Gremien der Bürgerschaft z.B. als Deputierte vorzuschlagen. Sie wären in der Lage, die genannten Defizite zu beseitigen. Damit wurde die Chance vertan, die Verbindung zwischen der Bürgerschaftsfraktion und der AG 60plus enger zu gestalten und die Teilhabe und Mitwirkung der Älteren an der SPD Politik für die Stadt und das Land enger zu organisieren.

Ein die AG 60plus belastendes Problem hat die letzte „Parteireform“ mit sich gebracht. Die gegen den Willen der AG 60plus durchgesetzte Änderung, die die Abschaffung der Wahl von 60plus - Delegierten in den Ortsvereinen zu Gunsten eines unverbindlichen Vollverammlungsprinzips brachte. Dies hat zu einem Verlust an Verbindungen in die Ortsvereine geführt. Was aus der Sicht der AG 60plus deutlich negativ zu bewerten ist. Das Interesse der Partei Politik an den Bedürfnissen und Vorstellungen der älteren Mitglieder zu formulieren ist seit dem nicht gewachsen! Dies ist daran festzumachen, dass Themen, wie eine schrittweise altersgerechte Gestaltung der Stadträume mit Sitzgelegenheiten / Bänken, die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, die Ausstattung mit für jedermann zugänglichen öffentlichen Sanitäreinrichtungen bei den Debatten und Beschlüssen zum Bremer Regierungsprogramm keine Resonanz gefunden haben.

So hat die von der AG 60plus mitinitiierte wichtige seniorenpolitische Forderung, die Begegnungsstätten in Bremen mit mehr hauptamtlichem Personal auszustatten, zwar Eingang in das SPD-Regierungsprogramm 2015 gefunden. Diese für die Existenz der Begegnungsstätten wichtige Forderung, ist in die Koalitionsvereinbarung aber nicht übernommen worden. Dort wurde nur eine unverbindliche Zusage zum Erhalt der Einrichtungen formuliert.

Die Gremien der Partei werden in den kommenden Wochen neugewählt. Im Rückblick sind die zurückliegenden 2 Jahre wie im Fluge vergangen. Der Platz für eine umfangreiche Berichterstattung aller Aktivitäten reicht nicht, um alle Aktivitäten ausführlich darzustellen. So ist es nur möglich, die von

der AG 60plus im UB Bremen Stadt organisierten Veranstaltungen, Sitzungen und Aktivitäten der Jahre 2014 und 2015 summarisch darzustellen.

#### Aktivitäten der AG 60plus im Jahr 2014

- Politischer Jahresauftakt mit dem SPD Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe und dem sozialpolitischen Sprecher der SPD Fraktion Klaus Möhle
- Vorbereitung zum Tag der älteren Generationen, am 01.10. 2014, Veranstaltung gemeinsam mit 34 Bremer Seniorenorganisationen unter der Federführung des Bremer DGB
- Jahreshauptversammlung AG 60plus mit Referat Klaus Möhle „Erneuerung sozialdemokratischer Sozialpolitik“
- Vorstandsberatung Richtlinie für die Arbeit der AG 60plus in der LO Bremen u.a. Beratung über Grundmandate bei der AG 60plus
- Bundesaktionswoche SPD 60plus „Ein Europa für Jung und Alt“
- Besuch und Gespräch mit Volker Kröning „Arbeit und Aufgabenstellung Wilhelm-Kaisen-Stiftung“
- Vorstandssitzung zu Presse in Bremen mit Besuch Druckhaus Weser Kurier
- Nominierung 60plus – Vertreter für die Mandatsfindungskommission der Partei
- Nominierung von Kandidaten der AG 60plus für Bürgerschaft und Deputation
- Präsentation Wahlkampfkonzeption für Wahlkampf 2015
- Arbeitsprogramm mit Beschlüssen AG 60plus für das SPD Regierungsprogramm
- Vorstandsberatung mit Anträgen zum Entwurf Regierungsprogramm 2015
- Rekommunalisierung Bremer Müllgebühren mit Arno Gottschalk
- Jahresabschlusstreffen mit Eva Quante-Brandt „Bremen vor den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft“

#### Aktivitäten der AG 60plus im Jahr 2015

- Politischer Jahresauftakt mit dem Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe und dem sozialpolitischen Sprecher der SPD Fraktion Klaus Möhle
- Anwaltsgespräch 60plus Mitglieder zum Thema Generalvollmacht / Patientenverfügung
- Vorbereitung zum Tag der älteren Generation am 01.10. 2015, Veranstaltung gemeinsam mit 34 Seniorenorganisationen unter der Federführung des Bremer DGB
- Vorstandssitzung Vorbereitung Bürgerschaftswahl / Beratung Entwurf Regierungsprogramm, Nominierung von Deputierten der AG 60plus
- Vorstandsberatung zum Rücktritt von Jens Böhrnsen
- Vorstandsgespräch mit Vorstand BSAG „ Tarife, Kneeling, Rollstuhlbeförderung, Fahrgastbeirat etc.“
- Besuch der AG 60plus bei SoVD Ausbildungswerkstatt / Berufsbildungswerk Bremen mit „Meet and Eat“
- Gemeinsame Sitzung UB 60plus Bremen Nord mit UB 60plus Bremen Stadt zur Wahl von Delegierten zur Bremer Seniorenvertretung
- Gespräch AG 60plus mit Geschäftsführung Werkstatt Bremen zum Thema „Beschäftigung ältere Behinderter“
- Vorstandsberatung zur Überarbeitung des „Statuts der Bremer Seniorenvertretung“
- Vorstandsberatung „Wahlergebnisse / Wahlverhalten der Älteren zur Bremischen Bürgerschaft“ mit Landeswahlleiter Wayand

- „Was ist los in / mit Europa?“, Vorbereitung Abgeordnetenreise nach Brüssel mit Joachim Schuster
- Abgeordnetenreise auf der AG 60plus auf Einladung von Joachim Schuster nach Brüssel
- Antragsberatung zum Bundeskongress der AG 60plus
- Vorstandsgespräch zur Krankenhausversorgung im Bremer Osten mit Wilfried Bolles
- Mitgliedertreffen der AG 60plus mit Joachim Schuster zur aktuellen Europapolitik (TTIP, CETA, Griechenland) auf dem Lür-Kropp-Hof
- Vorstandsberatung „Eckpunktepapier der Partei für Arbeitsgemeinschaften und Foren“
- Vorstandsberatung Koalitionsvereinbarung Rot / Grün „Stellenwert der Senioren für die SPD?“
- Vorstandsberatung Antrag für UB- und Landesparteitag „Beendigung der Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen“
- Jahresabschlusstreffen „Zur politischen Lage in Bremen, Deutschland, Europa“ mit Volker Kröning

Ekkehard Grimm, Bernd Grottko, Hubert Resch und Egon Frerich  
Für den Vorstand



## Bericht Mentoringprogramm

Unter dem Motto „Mach mit im Stadtteil“ wurde das Mentoringprogramm vom 30. März bis 18. Juli 2014 durchgeführt. Bis zum 15. März 2014 konnten sich an Stadtteilpolitik interessierte Bürgerinnen und Bürger für das Programm anmelden. Insgesamt meldeten sich fast 50 Bürgerinnen und Bürger an. Mehr als 30 Mentees haben dann kontinuierlich bis zum Schluss an den Veranstaltungen teilgenommen. Die Bereitschaft der Beiräte, sich als Mentorinnen und Mentoren zur Verfügung zu stellen, war von Anfang an sehr groß. So wurden in allen Beiratsbereichen auch Mentoren gestellt. Im Verlauf des Programms konnten die Mentees den Beiratspolitikerinnen und -politiker bei der Arbeit „über die Schulter sehen“, sie bei Terminen begleiten und weitere Informationen über den Stadtteil erhalten. Teil des Mentoringprogramms waren folgende Impulsveranstaltungen:

- Grundlagen der Beiratsarbeit  
Samstag, 26. April 2014
- Wie funktioniert Stadtteilpolitik in Bremen?  
Samstag, 7. Juni 2014
- Wie funktioniert Beteiligung und Vernetzung im Stadtteil?  
Samstag, 5. Juli 2014

Am Dienstag, den 6. Mai 2014 besuchten alle Mentees gemeinsam den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte der Bremischen Bürgerschaft. Das Projekt endete mit einer Abschlussveranstaltung im Rahmen des Sommerfestes des Unterbezirks am 18. Juli 2014. Im Rahmen des Mentoringprogramms konnten zahlreiche Menschen für die Partei geworben werden. Einige von Ihnen haben im Anschluss teilweise mit Erfolg für den örtlichen Beirat kandidiert.

Sabine Metschies und Melanie Kennard  
Für den Vorstand

## Arbeitskreis Christinnen und Christen (AKC)

Seit Januar 2008 gibt es die „Christinnen und Christen in der SPD“ (AKC) als offiziellen Arbeitskreis. Den AKC für Bremen gründeten wir Anfang 2010. Unser Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich neben anderen Überzeugungen auch aus ihrem christlichen Glauben heraus in der SPD engagieren. Kernanliegen des AKC ist es, christliche Werte und Motive in sozialdemokratische Politik einzubringen und umgekehrt die Ziele und Positionen der Sozialdemokratie im Dialog mit den christlichen Kirchen und allen Glaubensgemeinschaften, kirchlichen bzw. religiösen Verbänden und anderen religiös-weltanschaulichen Institutionen zur Geltung zu bringen.

Auch in den Jahren 2014/2015 hat sich der AKC Bremen in seinen Treffen mit politischen Themen mit Religions-/Kirchen-/Weltanschauungsbezug befasst. Unter anderem über

- Auseinandersetzungen in der Bremischen evangelischen Kirche über die allgemeine Ausrichtung der Bremischen Evangelischen Kirche, u. a. anlässlich damals aktueller Ereignisse in der Gemeinde St. Martini (Predigt und Äußerungen über andere Glaubensgemeinschaften)
- Erarbeitung einer Position zur Frage des Beibehaltens oder Abschaffens des § 116 StGB Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Auch 2015/16 wollen wir unsere Arbeit mit möglichst vielen Interessierten fortsetzen und würden uns freuen, wenn alle, die mitwirken möchten, sich bei uns melden.

Über eine positive Unterstützung unserer Arbeit von Seiten des Parteibüros und des Rathauses würden wir uns freuen.

Angela Schmelter und Gerald Wagner  
Sprecherin und Sprecher

## Arbeitskreis Netzpolitik/Digitale Gesellschaft

Was sind die Ziele des Arbeitskreises Digitale Gesellschaft?

Wir wollen eine offene und freie digitale Gesellschaft erhalten, entwickeln und gestalten. Daraus folgt einerseits, Einschränkungen und Rückbau digitaler Freiheiten und Bürgerrechte entgegen zu treten und andererseits, die Möglichkeiten für einen freien Zugang zu Wissen, mehr Transparenz bei Entscheidungen einzufordern.

Natürlich gibt es hier Widerstände – auch innerhalb unserer Partei. Aber, das Internet und die damit einhergehende Digitalisierung sind gekommen und werden bleiben.

Wir diskutieren Themen wie Computereinsatz in der Bildung, neue Geschäftsmodelle in der Wirtschaft, den Schutz der Bürger vor staatlicher und nichtstaatlicher Überwachung, und Entwicklungen im Datenschutz. Wir entwickeln und unterstützen Anträge für Beiräte und Bürgerschaftsfraktion sowie das Regierungsprogramm.

Der Arbeitskreis tritt sich monatlich. Neben dem für alle Seiten gewinnbringenden Austausch wollen wir aktiv einen Beitrag dazu leisten, als Parteigliederung auch außerhalb der SPD zu wirken und den Kontakt zu anderen Menschen, Firmen, Organisationen und Vereinen zu stärken.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir deshalb viele Firmen besucht und Multiplikatoren zu uns eingeladen.

- Mai 2014 Gewerkschaft der Polizei
- Juli 2014 FreifunkBremen
- September 2014 Mitarbeit Wahlprogramm
- Oktober 2014 Netztag
- November 2014 Team Neusta
- Januar 2015 Besuch condify
- Februar und März 2015 Wahlkampf
- Juni 2015 Briteline
- August 2015 RadioBremen
- September 2015 Netztag, Gäste: Honorarkonsul Estland, Landemedienanstalt Bremen
- Oktober 2015 Datenschutz Nord
- November 2015 i2dm

Die Netztag werden in Form eines Barcamp durchgeführt. Dabei werden die Vorträge und die Reihenfolge durch die Besucher am Anfang festgelegt.

Rainer Hamann  
Sprecher

## Sozialdemokratischer Arbeitskreis für interkulturelle Zusammenarbeit (SAIZ)

Der Arbeitskreis für Interkulturelle Zusammenarbeit (SAIZ) setzte sich einmal im Monat mit Genossen und Interessierten im Parteibüro zusammen und hatte die Zielsetzung die interkulturelle Zusammenarbeit in Bremen und Umgebung zu stärken. Der SAIZ-Vorstand bearbeitete aktuelle Themen, wie z. B. Flüchtlingspolitik vor und diskutierte diese in den Sitzungen gemeinsam mit Genossen und Interessierten. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über unsere Aktivitäten von Frühjahr 2014 bis Frühjahr 2016:

Zu den jeweiligen Sitzungen gelang es uns Gastsprecher und Abgeordnete zu gewinnen und verschiedenen Perspektiven und Arbeitsfelder näher kennen zu lernen.

Einer der Gastsprecher hieß Herr Mohsen Abbasi. Er ist Student an der Universität Bremen und zeigte uns seine Sicht auf die Ereignisse in Syrien mit einen Vortrag über „Die Welt und ich- Syrien“, wobei er beschreibt, wie er persönlich mit Unsicherheit, Gewalt, aber auch Solidarität umging.

Mustafa Güngör, Sprecher für Bildung, informierte uns über die aktuelle Situation im Schulwesen und berichtete über seine Tätigkeiten als Sprecher.

Elombo Bolayela als Kulturpolitischer Sprecher führte mit den SAIZ Mitgliedern inhaltliche Diskussionen und beantwortete politische Fragen.

Im Zuge der Entwicklung im Bereich der Flüchtlingspolitik in Bremen konnten wir gemeinsam mit einigen Studenten aus der Universität Bremen das Projekt „Umfrage an Studenten mit Migrationshintergrund im Sommer 2014“ starten. Dabei ging es um die Bereiche: Bildung, Integration und Arbeit.

Ziel der Umfrage war es die Anregungen und Änderungswünsche von Studierenden mit Migrationshintergrund an Hochschulen und Universitäten in Bremen und Umgebung zu sammeln, mit den beantworteten Umfrage Daten zu sammeln, eine Statistik zu erstellen und eine Lösung zu der Optimierung der Eingliederung in das Studium oder Arbeitsmarkt zu finden.

Intern wurden diese Vorschläge und dessen Ergebnisse im Rahmen der SAIZ-Treffen diskutiert, um politische Umsetzungsmöglichkeiten zu formulieren.

Christiana Manickvasagar und Mutiatu Awolola  
Sprecherinnen

## Beschlussbericht

### Sachstand der Bearbeitung offener Beschlüsse und Anträge aus dem Jahr 2014/2015

---

A1/2014 Mehr Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Armutsbekämpfung durch die Weiterentwicklung der Sozialen Stadtpolitik

Antragsteller: Unterbezirksvorstand

Beschluss: Annahme und Antrag an den Landesparteitag

Sachstand: Der Antrag wurde leicht ergänzt auf dem Landesparteitag am 21. Juni 2014 beschlossen. Die Themen fanden Eingang in das Regierungsprogramm 2015-2019 „Leben, arbeiten, lernen, wohnen in Bremen und Bremerhaven“ für die Bürgerschaftswahl 2015, das auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 beschlossen wurde. Eine weitere und verstärkte Schwerpunktsetzung des Regierungshandelns wird mit dem Beschluss des UB-Parteitages A7/2015 vom 21. November 2015 gefordert. Siehe dort.

---

A2/2014 Alle Kinder fördern – Kinderbetreuung weiter ausbauen

Antragsteller: Unterbezirksvorstand

Beschluss: Annahme

Sachstand: Die Themen fanden Eingang in das Regierungsprogramm 2015-2019 „Leben, arbeiten, lernen, wohnen in Bremen und Bremerhaven“ für die Bürgerschaftswahl 2015, das auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 beschlossen wurde. Noch nicht befriedigen kann die Umsetzung des Beschlusses bezüglich der Verteilung der neuen Plätze auf die Stadtteile. Hier besteht noch Nachholbedarf bei den Stadtteilen mit niedrigem Sozialindikator.

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Die oben genannten Themen sind im Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Um Kinder von Anfang an gut zu fördern und einen kontinuierlichen Bildungsprozess zu gewährleisten, sind die Erziehungs- und Bildungsaufgaben zu Beginn der Legislaturperiode 2015-19 in einem Ressort gebündelt worden. Der Senat hatte bereits am 13.01.2015 eine Ausbauplanung auf Basis des Konzepts zum „sozialräumlichen Ausbau der Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung und Bildung“ beschlossen, die insb. eine aufholende Entwicklung in Stadtteilen mit hohem Sprachförderbedarf und hoher Kinderarmut vollziehen soll. Mittlerweile wurde die Ausbauplanung entsprechend auf Basis der zwischenzeitlichen Entwicklung (aktuelle Bevölkerungsentwicklung, Entwicklung der Sozialindikatoren, zwischenzeitliche realisierte Platzausbauten) und um die im Koalitionsvertrag genannten qualitativen Schwerpunktthemen (u.a. Weiterentwicklung der Sprachbildung und –förderung im Kita-Alltag und bessere Beteiligung und Förderung zugewanderter Kinder und Kinder aus bildungsfernen Familien) neu berechnet. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die daraus resultierenden Mehrbedarfe im weiteren Haushaltsverfahren abgesichert werden.

**A3/2014** Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik in Bremen

Antragsteller: Unterbezirksvorstand und Jusos Bremen-Stadt

Beschluss: Annahme

Sachstand: Die Themen fanden Eingang in das Regierungsprogramm 2015-2019 „Leben, arbeiten, lernen, wohnen in Bremen und Bremerhaven“ für die Bürgerschaftswahl 2015, das auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 beschlossen wurde. Eine Weiterbearbeitung der politischen Positionen in Anbetracht der aktuellen Situation liegt mit dem Beschluss A3/2015 vom 21. November 2015 vor. Siehe dort.

---

**A4/2014** Ein Sozi(ales) Netzwerk für die SPD

Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte

Beschluss: Überweisung an den Parteivorstand

Sachstand: Das Portal mitmachen.de wurde überarbeitet und im Wahlkampf eingesetzt.

---

**A5/2014** Bundeswehreinsatz in Mali und Zentralafrika

Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte

Beschluss: Überwiesen an den Unterbezirksvorstand

Sachstand: Die SPD-Landesorganisation Bremen hat am 28. November 2014 eine öffentliche Veranstaltung mit Ralf Stegner, stv. SPD-Bundesvorsitzender zur Außen- und Sicherheitspolitik durchgeführt. Weiterhin fand am 15. April 2015 eine Veranstaltung mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zum Thema: „Sozialdemokratische Außenpolitik in stürmischen Zeiten – Diplomatie für Frieden und Stabilität“ statt. Der Bundesparteitag hat im Dezember 2015 eine Beschlusslage zu Bundeswehreinsätzen entwickelt. Diskussionen über die außenpolitische Position der SPD stehen weiterhin aktuell auf der Tagesordnung, wie auch der aktuell vorliegende Antrag des Ortsvereins Altstadt-Mitte zu Einsätzen in Syrien.

---

**A6/2014** Informationsveranstaltung zum Thema „Freihandelsabkommen der EU mit den USA“

Antragssteller: Ortsverein Habenhausen-Arsten

Beschluss: Überwiesen an den Landesparteitag am 21. Juni 2014

Sachstand: Im Rahmen des Europawahlkampfes 2014 und auch jetzt fanden und finden laufend verschiedenste Informationsveranstaltungen zum Thema TTIP statt, u. a. auch organisiert durch das Forum Eine Welt/den Ausschuss für internationale Angelegenheiten der Landesorganisation.

---

---

A7/2014 Öffentlich zu führende Verhandlungen über Freihandelsabkommen (TAFTA, TTIP, CETA)

Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte

Beschluss: Annahme

Sachstand: Auf dem Landesparteitag am 21. Juni 2014 erfolgte eine Beschlussfassung im Sinne des Beschlusses des Unterbezirksparteitages. Der Antrag der Landesorganisation hat maßgeblich zur Beschlussfassung zu dem Thema auf dem Parteikonvent im September 2014 beigetragen. Die Entwicklung muss weiter verfolgt werden und wird weiter verfolgt, siehe Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015, u.a. unter Berücksichtigung eines Antrages des Landesparteitages vom 26. September 2015.

---

A8/2014 Erhalt der Schulsozialarbeit in Bremen!

Antragsteller: Ortsverein Schwachhausen-West

Beschluss: Annahme

Sachstand: Das Thema fand Eingang in das Regierungsprogramm 2015-2019 „Leben, arbeiten, lernen, wohnen in Bremen und Bremerhaven“ für die Bürgerschaftswahl 2015, das auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 beschlossen wurde.

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Bei den SchulsozialarbeiterInnen wurde 2014 eine weitere Finanzierung in Höhe von 1,5 Mio. € aus Landesmitteln zur Arbeitsmarktförderung bereitgestellt. Im Koalitionsvertrag 2015-19 ist eine Verstetigung des vorhandenen Stellenvolumens vorgesehen. Die SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die entsprechenden Bedarfe im Rahmen des Haushaltsverfahrens abgesichert und SchulsozialarbeiterInnen wie bisher an Schulstandorten in schwieriger Lage eingesetzt werden.

---

A9/2014 Kontrolle der Wohnstandards

und

A 10/2014 Kaufangebote

Antragsteller: Ortsverein Gartenstadt Vahr

Beschluss: Überweisung zur gemeinsamen Überarbeitung an den Unterbezirksvorstand

Sachstand: siehe A12 und A13/2014

---

A11/2014 Lebensunterhalt für Auszubildende sichern: Landesmindestlohn um eine Mindestausbildungsvergütung ersetzen

Antragsteller: Jusos UB Bremen-Stadt

Sachstand: Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

---

---

11/2014      Jugendarbeit finanziell ausreichend ausstatten

Antragssteller:      Ortsverein Huckelriede / 20 Delegierte

Beschluss:      Annahme

Sachstand:      Das Thema wurde in das Regierungsprogramm 2015 eingebracht. Danach sind die Mittel für das Jugendanpassungskonzept sicherzustellen und nach sozialen Gesichtspunkten zu gestalten. Die Beschlusslage wurde, da das aktuelle Regierungshandeln noch nicht befriedigend ist, mit Beschluss A07/2015 vom 21. November 2015 weiterentwickelt. Siehe dort.

---

12/2014      Beschäftigungsprojekte müssen integrativ bleiben

Antragssteller:      Initiativantrag durch 20 Delegierte

Beschluss:      Überweisung an den Unterbezirksvorstand

Sachstand:      Das Thema wurde insgesamt in die Diskussion über öffentliche Beschäftigungsförderung eingebracht. Es wurde im Forum Soziales des Unterbezirks diskutiert. Auf dem Landesparteitag am 21. Juni 2014 wurden mit dem Antrag des Landesvorstandes „A2/2014 Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – neue Wege in der Arbeitsförderungs politik gehen“ die wichtigsten Eckpunkte dazu beschlossen. Weiterhin fand das Thema Eingang in das Regierungsprogramm 2015-2019 „Leben, arbeiten, lernen, wohnen in Bremen und Bremerhaven“ für die Bürgerschaftswahl 2015, das auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 beschlossen wurde.

Bericht des Arbeitsressorts: Zur ersatzweisen örtlichen Lösung des im Frühjahr 2014 durch gesetzliche Schärfungen der Anforderungen an die Wettbewerbsneutralität und Prüfbeanstandungen bei durch das Jobcenter Bremen durchgeführten sogen. Arbeitsgelegenheiten entstandenen Problems wurde beim Beirat des Jobcenters ein Ausschuss eingerichtet, dem die Prüfung und Bewertung der Anträge für Arbeitsgelegenheiten übertragen wurde. Die Träger der Maßnahmen stehen bei Antragsstellung im Dialog mit dem Jobcenter und stellen sicher, dass die Anforderungen hinsichtlich Wettbewerbsneutralität eingehalten werden. Seit Einrichtung des Ausschusses sind dem Arbeitsressort keine kritischen Fälle zur Kenntnis gekommen.

---

13/2014      Keine Ausnahmen beim Mindestlohn durch Minderjährige

Antragssteller:      OV Gröpelingen / 20 Delegierte

Beschluss:      Annahme

Sachstand:      Die Regierungskoalition im Bund hat inzwischen den Mindestlohn beschlossen mit einzelnen Ausnahmen auch für unter 18-jährige. Das Thema wird die SPD Bremen also weiter begleiten müssen.

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Mit einem öffentlichen Positionspapier hat sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion eindeutig für den Erhalt des Mindestlohnes ohne Ausnahmen ausgesprochen. Jede Ausnahme würde zu einer Aushöhlung des Gesetzes führen und muss daher verhindert werden.



A12/2014      Sicherung der Wohnqualität  
Und  
A13/2014      Sicherung des Bremer Wohnungsbestandes

Antragsteller:      OV Gartenstadt Vahr und Unterbezirksvorstand

Beschluss:      Annahme

Sachstand:      Die Anträge A9 und A10/2014 wurden vom Unterbezirksvorstand gemeinsam mit dem antragstellenden Ortsverein auf einer gemeinsamen Sitzung am 30. Juni 2014 überarbeitet und als Anträge „A12/2014 Sicherung der Wohnqualität“ und „A13/2014 Sicherung des Bremer Wohnungsbestandes“ auf dem Unterbezirksparteitag am 17. Juli 2014 beschlossen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion brachte daraufhin den Entwurf eines Wohnungsaufsichtsgesetzes in die Diskussion mit dem Koalitionspartner ein. Am 24. März 2015 wurde das basierend auf dieser Diskussion entworfene Bremische Wohnungsaufsichtsgesetz durch die Bremische Bürgerschaft beschlossen.

---

A14/2014      Beteiligung und Transparenz – Die Netzperspektive zur #Perspektive2029

Antragssteller:      AK Netzpolitik

Beschluss:      Der Antrag wurde an den Unterbezirksvorstand überwiesen.

Sachstand:      Der Unterbezirksvorstand hat am 22. September 2014 die Punkte des Antrages mit dem AK Netzpolitik diskutiert. Danach wurde vereinbart, dass nach der Bürgerschaftswahl die Punkte nach personeller, finanzieller und rechtlicher Machbarkeit regelmäßig überprüft und nach Möglichkeit umgesetzt werden. Die Vorhaben sind teilweise personalintensiv (Datenbank, Etherpad), teilweise bedürfen sie einer intensiveren strategischen Diskussion über verschiedene Parteiebenen (wie soll Social Media in der Partei - von OV bis UB / LO implementiert werden?). Durch unzureichende personelle und zeitliche Ressourcen wurde die Weiterverfolgung dieser Vorhaben bislang erschwert.

Der kommende UBV sollte gemeinsam mit den übrigen UBs und der LO die Möglichkeiten beraten, wie eine Digitalisierungsstrategie der gesamten Bremer SPD umgesetzt werden kann.

A15/2014      Ein Jahr NSA Skandal – Aufenthalt für Edward Snowden ermöglichen

Antragssteller:      Ortsverein Schwachhausen Süd/Ost

Beschluss:      Der Antrag wurde an den SPD-Parteivorstand und an die SPD-Bundestagsfraktion überwiesen.

Sachstand:      Ein rechtlich gesicherter Aufenthaltsstatus für Edward Snowden ist derzeit nicht in Sicht.

A16/2014	<b>Bremer Bäder nachhaltig sanieren – Westbad und Standort Horn-Lehe langfristig sichern</b>
Antragsteller:	Ortsvereine Findorff, Walle, Gröpelingen, Oslebshausen, Horn-Achterdiek, Horn-Lehesterdeich, Borgfeld und Oberneuland
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Das Thema fand Eingang in das Regierungsprogramm 2015-2019 „Leben, arbeiten, lernen, wohnen in Bremen und Bremerhaven“ für die Bürgerschaftswahl 2015, das auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 beschlossen wurde und ist Gegenstand eines Senatsbeschlusses und der Haushaltsberatung für den Haushalt 2016/2017. Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Die Fraktion hat sich zudem für eine vorübergehende Ertüchtigung des sanierungsbedürftigen Unibades bis zur vorgesehenen Schließung nach dem Bäderkonzept eingesetzt und entsprechende Beschlüsse der Deputation für Sport erwirkt.
A17/2014	<b>Wir brauchen ein Programm des Bundes für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum</b>
Antragsteller:	Ortsverein Schwachhausen-Nord
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Bund engagiert sich mittlerweile verstärkt in der Wohnraumförderung, insbesondere beim Thema der Unterbringung von Flüchtlingen.
I4/2014	<b>Resolution zur Einrichtung einer Zweigdialyse im Hause der Gewoba in Tenever</b>
Antragsteller:	Ortsverein Osterholz
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Bericht des Gesundheitsressorts: Nach Mitteilung des Gesundheitssenators vom Februar 2015 über eine Vereinbarung der Kassenärztlichen Vereinigung des Landes Bremen (KVHB) gibt es mit der entsprechenden Gemeinschaftspraxis einen außergerichtlichen Vergleich. Danach darf der zuständige Arzt eine Zweigdialysepraxis in Osterholz-Tenever <u>ohne</u> eine Platzausweitung betreiben. Der Vergleich wurde jedoch nicht angenommen und der Klageweg beschritten. Die Klage wurde abgelehnt, so dass es die geforderte Zweigdialyse nicht geben kann.
A1/2015	<b>Änderung der Geschäftsordnung für den Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt</b>
Antragsteller:	Unterbezirksvorstand
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Auf dem Parteitag am 21. November 2015, der als mitgliedsoffener Arbeitsparteitag mit vorgeschalteter Konferenz (Plenum, Arbeitsgruppen) ausgestaltet war, wurde be-

reits entsprechend verfahren. Bpsw. hatten Beteiligte an der Konferenz und nicht lediglich Delegierte Rederecht auf dem Parteitag.

---

A02/2015 SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt zukunftsfähig machen – Perspektive 2029

Antragsteller: OV Horn-Achterdiek

Beschluss: Annahme bis auf Punkt 4 (Mitglieds- statt Delegiertenprinzip auf Parteitag)

Sachstand: Der Antrag beschreibt Verbesserungen der Parteiarbeit. Der UBVorstand hat sich, auch als Ergebnis der Analyse der Wahlergebnisse, mit den Ortsvereins- und AG-Vorsitzenden mit den Fragestellungen beschäftigt. Teilweise fand die Diskussion auch Eingang in die Debatte über Strukturreformen der LO. Einige Vorschläge des Antrages wurden bereits umgesetzt: Antragsrecht für Arbeitskreise (s.o.), überregionale Terminankündigungen der Gliederungen, Struktur des Parteitages, Infostände bspw. zum Tag des Ehrenamtes. Einige sind laufendes Geschäft: Pressearbeit Parteitag, Aufgabenaufteilung des Vorstandes, Zugänglichkeit von Anträgen und Beschlüssen, Neumitgliedstreffen. Andere stehen noch gemeinsam mit der LO auf der Tagesordnung: Themendiskussionen der Gliederungsebenen.

Zur Organisationsdebatte insgesamt wird auf den Rechenschaftsbericht, Teil Organisation des Vorstandes verwiesen. Die Bewertung der Arbeit des Vorstandes obliegt schlussendlich dem Parteitag.

---

A03/2015 Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen – wachsendes Bremen sozial gerecht gestalten

Antragsteller: OV Walle

Beschluss: Annahme

Sachstand: Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Der Senat hat auf Grundlage eines von der SPD-Bürgerschaftsfraktion initiierten Antrags ein Integrationskonzept vorgelegt, in das die UB-Parteitagsbeschlüsse grundsätzlich aufgenommen worden sind.

Im von der Senatorin für Kinder und Bildung vorgelegten Konzept ist vorgesehen, dass der integrative dezentrale Ansatz mit einem Sprachlernangebot über die Vorkurse und parallele Integration in die Vorkurse fortgesetzt wird. Sowohl im allgemeinbildenden als auch im berufsbildenden Bereich werden zusätzliche Vorkurse eingerichtet. Zusätzliche Kapazitäten werden durch neue Klassenverbände oder zusätzliche Lehrerwochenstunden geschaffen. Im Integrationskonzept des Senats wird die Senatorin aufgefordert, kurzfristig Möglichkeiten zu eruieren, wie auch gerade nicht mehr schulpflichtigen jungen, erwachsenen Flüchtlingen die Teilnahme an Sprachkursen und zum Nachholen von Schulabschlüssen eröffnet werden kann. Im Bereich der Kinderbetreuung erfolgt eine Anpassung der Ausbauplanung mit einem sozialräumlichen Fokus sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht. Gemeinsam mit den Trägern wird die senatorische Behörde prüfen und abstimmen, welche Brückenangebote zu regulärer Tagesbetreuung geschaffen, wie bestehende Infrastrukturen besser ausgenutzt und neue Einrichtungen schneller realisiert werden können.

Ferner ist die Integration in Arbeit ein wesentlicher Aspekt hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen. Im Integrationskonzept wird daher deutlich gemacht, dass die Agen-

tur für Arbeit Bremen-Bremerhaven zur Bewältigung von Flüchtlingszugängen acht neue Stellen sowie ca. zwei Mio. Euro zusätzliche Mittel erhalten wird. Ferner erhält das Jobcenter in 2016 rund 5,5 Mio. Euro als Eingliederungsbudget und einen Stellenzuwachs von rund 100 Stellen, um die zusätzlichen Beratungsbedarfe abdecken zu können. In der Gruppe der MigrantInnen ist ferner eine hohe Gründungsneigung festzustellen, die es zu unterstützen gilt. Es wird deshalb geprüft, inwieweit die BEGIN-Gründungsleitstelle ein entsprechendes, besonders niedrigschwelliges Angebot entwickeln sollte. Darüber hinaus werden verschiedene Modelle zur stärkeren Einbeziehung von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt geprüft. Es sollen Aktivierungszentren eingerichtet werden, in denen gut qualifizierte Flüchtlinge schneller vermittelt werden können. Ferner werden Kooperationen mit Unternehmen gegründet, die spezielle Angebote für Flüchtlinge ermöglichen sollen. Beispiele hier sind die BLG oder der Pflegebereich.

Die Zuwanderung von Flüchtlingen findet vor allem in Quartieren mit preiswertem Wohnraum statt. Der Senat wird daher bestehende quartiersbezogene Programme – wie das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – so weiter entwickeln, dass dort verstärkt integrationsfördernde Maßnahmen wie Beratung und Begegnung durchgeführt werden können.

---

**A04/2015**     **Unterbringung von schutzbedürftiger Flüchtlingen**

Antragstellerin:     ASF

Beschluss:     Annahme

Sachstand:     Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Die Fraktion hat den Senat aufgefordert, unverzüglich eine Flüchtlingsunterkunft nur für Frauen in Bremen zu errichten und ein Konzept zum spezifischen Beratungs- und Betreuungsbedarf traumatisierter geflüchteter Frauen, Mütter mit ihren Kindern und Mädchen zu erstellen. Dies hat der Senat bereits in seinem mittelfristig ausgerichteten Integrationskonzept vom 12.01.16 berücksichtigt.

---

**A05/2015**     **Entschießung zu Wohnungspolitik**

Antragsteller:     OV Buntentor

Beschluss:     Annahme

Sachstand:     Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Mit dem im Januar 2016 von der Stadtbürgerschaft verabschiedeten umfangreichen Antrag „Sofortprogramm Wohnungsbau umsetzen – aus Flüchtlingen werden Bremerinnen und Bremer“ (Drs. 19/96 S) hat die Fraktion den Senat aufgefordert, die Bedingungen für den Wohnungsbau umgehend zu verbessern. Hier werden sowohl Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen gefordert als auch der forcierte Bau von Wohnangeboten für Studierende. Die mehrheitlich in kommunaler Hand befindliche GEWOBA soll sich gemäß Antrag verstärkt beim Neubau engagieren. Vereinfachungen baurechtlicher Bestimmungen sollen die Neubautätigkeit beschleunigen (u. a. Novellierung der Landesbauordnung). Ein drittes Wohnraumförderungsprogramm soll aufgelegt werden und über die Bremer Aufbaubank angeboten werden.

Darüber hinaus ist eine Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes geplant, um schneller öffentliche Aufträge vergeben zu können. Dies ist besonders dann nötig, wenn neue Herausforderungen in kürzester Zeit gelöst werden müssen, wie z.B. der Bau neuer Unterkünfte für schutzbedürftige Flüchtlinge. Mit einer solchen Änderung wird dem Senat mehr Flexibilität gewährt, diese Herausforderungen zu lösen. Ferner ist geplant, das Vergabegesetz dahingehend zu ändern, dass dem Senat mehr Flexibilität bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ermöglicht wird. Die Anhebung der bislang im Gesetz verankerten Wertgrenzen beschleunigt die Vergabe von Aufträgen.

---

A06/2015: Größere Einbeziehung hinsichtlich der Planungen zur Einbahnstraßenregelung für den „Am Walle“

Antragssteller: OV Schwachhausen Nord

Beschluss: Annahme

Sachstand: Die Einbahnstraßenregelung ist aufgehoben. Die Verkehrsführung muss bei Neugestaltung (Abriss des brandgeschädigten Gebäudes) neu diskutiert werden.

---

A07/2015 Chancengerechtigkeit und Armutsprävention in den Stadtteilen

Antragsteller: Unterbezirksvorstand

Beschluss: Annahme mit Änderungen und Ergänzungen

Sachstand: Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Mit starker Unterstützung der Bürgerschaftsfraktion soll die Armutsprävention weiter verbessert werden. Dies ist auch im Koalitionsvertrag verankert. Armut kann in den Stadtteilen sehr unterschiedliche Formen annehmen. Deshalb brauchen wir passgenaue Antworten. Der Bund hat das Programm Soziale Stadt aufgestockt, so dass sich der bremische Anteil ebenfalls vergrößern wird. Für die Absicherung der Ko-Finanzierung setzt sich die Bürgerschaftsfraktion nachdrücklich ein. Das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN) und das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) werden fortgesetzt und mit den anderen Programmen vernetzt. Die „Aufsuchende Altenarbeit“ ist bereits auf weitere Stadtteile ausgedehnt worden.

Ein sozialräumlicher Ausbau der frühkindlichen Förderung und Bildung sowohl im qualitativen als auch quantitativen Sinne ist im Koalitionsvertrag verankert und im mittelfristigen Integrationskonzept des Senats noch einmal bekräftigt worden. Die Senatorin für Kinder und Bildung ist hier aufgefordert, aufbauend auf den Ausbauzielen ein Umsetzungskonzept für den Bereich der Kindertagesbetreuung zu entwickeln, das den hohen Zuwanderungszahlen Rechnung trägt. In den bevorstehenden Haushaltsberatungen sind die Mehrbedarfe entsprechend abzusichern.

Die Ausstattung von Schulen wird bereits jetzt auch über den Sozialindikator gesteuert. So gibt es etwa eine spezielle Förderressource Sozialstrukturbedarf, nach der Schulen mit schlechtem Sozialindikator vergleichsweise mehr Lehrerstunden zugewiesen werden; die Klassenverbandsgrößen sowie die Zuteilung von SchulsozialarbeiterInnen werden über den Sozialindikator gesteuert. Das vorhandene Stellenvolumen für Schulsozialarbeit soll laut Koalitionsvertrag verstetigt und laut Integrationskonzept weiter ausgebaut werden. Die Sprachförderung wurde gestärkt, in den Grund- und

Oberschulen ist die additive Sprachförderung über sogenannte Sprachförderbänder gestärkt worden. Bremen hat sein schulisches Ganztagsangebot stark ausgeweitet. Heute gibt es in fast allen Stadtteilen Ganztagschulen im Primarbereich und im SEK-I-Bereich. Der Koalitionsvertrag sieht einen weiteren Ausbau der Ganztagsschulangebote vor. Die Anzahl der Vorkurse wurde und wird auch künftig stark ausgeweitet

---

**A08/2015** Planungen für die Einrichtung einer geschlossenen Erziehungseinrichtung für in Bremen ansässige Jugendliche

Antragsteller: OV Schwachhausen Nord

Beschluss: Annahme Punkt 1 als „fakultativ geschlossene Einrichtung“, Ablehnung Punkt 2 und 3  
Sachstand: Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Die Fraktion unterstützt – auch durch eigene Parlamentsinitiativen - die bestehende Planung des Senats zur Schaffung einer weiteren intensivpädagogischen Einrichtung, mit fakultativ geschlossenen Plätzen. Diese Einrichtung soll gewährleisten, dass Jugendhilfeleistungen der intensiven pädagogischen und therapeutischen Arbeit mit freiheitsentziehenden Maßnahmen im Einzelfall nach richterlichem Beschluss verbunden werden.

---

**A09/2015:** Zügige Entwicklung und Bebauung des Gebiets Brokhuchting

Antragsteller: OV Huchting Grolland

Beschluss: Annahme  
Sachstand: Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion: Die Fraktion befürwortet nach wie vor eine zügige Projektentwicklung und Bebauung der Fläche in Brokhuchting. Im 2015 von der Bürgerschaft verabschiedeten Flächennutzungsplan konnte mit dem Koalitionspartner keine abschließende Einigung über die künftige Nutzung des Gebietes erzielt werden (die Fläche ist daher im Plan weiß – d. h. ohne abschließende Festlegung - dargestellt). Mit dem grünen Koalitionspartner besteht auch für die 19. Legislaturperiode weiterhin ein Dissens zum Thema Brokhuchting.

---



SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt  
Obernstraße 39-43, 28195 Bremen  
Telefon: 0421/350 18 36, Fax: 0421/350 18 37  
E-Mail: [ub-bremen-stadt@spd.de](mailto:ub-bremen-stadt@spd.de) Internet: [www.spd-bremen-stadt.de](http://www.spd-bremen-stadt.de)  
Bankverbindung: SEB Bank Berlin IBAN: DE59 10010111 1282571900 BIC: ESSEDE5F100